

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift über die 9. Sitzung des Finanzausschusses öffentlicher Teil

Merseburg, 20.11.2025

Die Sitzung fand statt:

Datum:	06.11.2025	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	18:05 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	22:00 Uhr	Raum:	Plenarsaal

Anwesende Mitglieder:

Marcus Turré	Ausschussvorsitzender
Rüdiger Abitzsch	Mitglied
Uwe Arendt	Mitglied
Dr. Halina Czikowsky	Mitglied
Lucas Geyer	Mitglied
Tino Haring	Mitglied
Manuela Krause	Mitglied
Dr. Lutz Kuhne	Mitglied
Peter Lipinski	Mitglied
Stefan Plack	Mitglied
Bernd Seifert	Mitglied

Als Gäste sind anwesend:

Daniela Witzel	Amtsleiterin Hauptamt
Anke Benke	Amtsleiterin Gebäude- und Liegenschaftsamt
Florian Schüler	Amtsleiter Jugend- und Sportamt
Marco Voigt	Sachgebietsleiter Zentrale Dienste
Guido Lukesch-Heinecke	Ortsbürgermeister Kötzschen
Andreas Zieger	Ortsbürgermeister Trebnitz
Marcel Warnicke	Sachgebietsleiter Allgemeine Verwaltung
Siiri Drechsel	Amtsleiterin Straßen- und Grünflächenamt
Romy Richter	Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Ulrike Findeisen	Geschäftsbereichsleiterin III
Katja Schulenberg	Amtsleiterin Bürger- und Ordnungsamt
Sandy Kirchhoff-Weise	Amtsleiterin Finanzen
Moritz Eichelmann	FDP-Fraktion
Paula Weidauer	
Marck Jeremies	
Luise Mosig	MZ
Rosel Mißberger	Ortsbürgermeisterin Beuna
Michael Hayn	Stadtratsvorsitzender
Benjamin Ebert	Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt
Doreen Sperk-Haueis	Sachgebietsleiterin Haushalt
Felix Drießen	Amtsleiter Stadtentwicklungsamt
Thomas Albrecht	Sachbearbeiter Sitzungsdienst
Jana Skládál	Rechtsamtsleiterin
Sebastian Müller-Bahr	Oberbürgermeister

Tagesordnung

TOP	Thema
------------	--------------

Öffentliche Sitzung

- | | |
|-----|---|
| 1. | Beginn der Sitzung |
| 1.1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 1.2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung |
| 1.3 | Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung |
| 2. | Beratungen in öffentlicher Sitzung |
| 2.1 | Einwohnerfragestunde |
| 2.2 | Informationen der Stadtverwaltung |
| 2.3 | Informationen/Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder |
| 2.4 | Vorstellung und Beratung zum Ergebnishaushalt 2026/2027 |
| 2.5 | Schließung der Sitzung |

Protokolltext

TOP 1. Beginn der Sitzung

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Turré eröffnet die Sitzung um 18:05 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Turré fragt, ob es Änderungsanträge gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig bestätigt.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Turré fragt, ob es Änderungswünsche zur öffentlichen Niederschrift vom 18.09.2025 gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die öffentliche Niederschrift abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

Die öffentliche Niederschrift vom 18.09.2025 wird einstimmig bestätigt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

TOP 2.1 Einwohnerfragestunde

Herr Turré eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18:14 Uhr. Er fragt, ob es Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er schließt die Einwohnerfragestunde um 18:14 Uhr.

TOP 2.2 Informationen der Stadtverwaltung

Herr Turré fragt, ob es Informationen seitens der Stadtverwaltung gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.3 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Turré fragt, ob es Anfragen oder Anregungen von den Ausschussmitgliedern gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.4 Vorstellung und Beratung zum Ergebnishaushalt 2026/2027

Herr Turré sagt, dass der Oberbürgermeister soeben den Haushalt in der Stadtratssitzung grob eingeführt hat. Man wird sich heute den Verwaltungshaushalt anschauen. Es handelt sich nicht um den Vermögenshaushalt, sondern um die täglichen Dinge und Ausgaben, wie beispielsweise die Strom- und Gasrechnung, die Personalkosten und Leasingraten. Dies ist der Rahmen in dem wir uns am heutigen Abend bewegen. In genau 7 Tagen wird man sich wieder sehen. Dort geht es dann um den Investitionshaushalt. Hier sind die Dinge greifbarer. Es kann beispielsweise um Tontechnik, Straßen oder einen Beamer gehen. Es wird sich heute somit nur um die Dinge handeln, die sich nicht um Vermögen handelt. Er erteilt dem Oberbürgermeister das Wort.

Herr Müller-Bahr dankt dem Vorsitzenden und grüßt alle Anwesenden im Raum. Er sagt, dass es mal wieder soweit ist und es nun 2 große Sitzungen gibt, in der der Haushalt vorgestellt wird. Er freut sich, dass die Bereitschaft hierfür gegeben ist. Er erinnert daran, dass man alles Live im IKVS sehen kann. Falls jemand keinen Zugang für das IKVS haben sollte, bittet er darum, sich an Frau Kirchhoff-Weise zu wenden. Er hat diesbezüglich ein paar Print Ausgaben verteilt. Falls jemand jetzt das Dokument benötigen sollte, besteht die Möglichkeit, das Dokument per Mail zu erhalten. Auch hier kann sich einfach an Frau Kirchhoff-Weise gewendet werden. Er weist daraufhin, dass man heute hauptsächlich über das IKVS arbeiten wird. Frau Kirchhoff-Weise und Frau Sperk-Haueis sind heute die Hauptvertreter aus dem Amt für Finanzen. Diese werden bei Änderungen Live mitschreiben. Man wird ämterweise vorgehen. Das heißt man fängt beim Amt 10 an und hört beim Amt 90 auf.

Herr Turré sagt, dass es wichtig ist, dass man idealerweise zeitnah, das Ergebnis der heutigen Sitzung erhält. Er möchte, das Ergebnis gerne in einer Zusammenfassung erhalten. Er dankt allen Anwesenden die ihre Zeit investieren, auch wenn sie keine Mitglieder des Ausschusses sind. Er bittet darum es in den Fraktionen breitzutragen, sodass man idealweise auf den gleichen Kenntnisstand kommt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass er es versprochen hat und auch eingehalten hat. Er empfiehlt, gegen 19:30 Uhr eine Pause einzulegen, damit die Anwesenden die bestellten Pizzen essen können.

Herr Turré dankt für die gastronomische Betreuung. Es wird jetzt erst einmal der Stellenmehrbedarf 2026/2027 behandelt. Dieser wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. Er bittet darum, die einzelnen Darstellungen kurz zu erläutern.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man in den Darstellungen drei verschiedene Farben erkennt. Es gibt den grauen Bereich. Hierbei handelt es sich um vorgeschlagene Stellen, die aber momentan nicht als bestätigt angesehen werden können. Es gibt den grünen Bereich. Dieser Bereich wirkt sich positiv auf den Haushalt aus. Es handelt sich hierbei um eine Stellenminderung und es gibt den roten Bereich. Dieser wirkt sich finanziell negativ auf den Haushalt aus, da es sich um eine Stellenmehrung handelt. Teilweise gibt es auch Einschränkungen. Diese hat man fett hervorgehoben. Man soll sehen welche Stellen beantragt wurden.

Herr Turré sagt, dass man beantragte Stellen in Höhe von 1,7 Millionen Euro hat aber nur 573.000,00 Euro vom Dienstherrn genehmigt hat. Dies ist sozusagen der heutige Benchmark.

Herr Müller-Bahr sagt, dass oben im IKVS noch eine andere Zahl hinterlegt ist. Es sind dort noch zwei, drei mehr Stellen hinterlegt. Diese sind momentan noch gestrichen. Selbst wenn man diese Liste bestätigt, werden die Kosten um einen nicht geringen Anteil reduzieren.

Herr Turré fragt, ob nun das Hauptamt das Personal vorstellt oder wie man sich über die Stellenmehrung verständigt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Personalkosten im Haushalt momentan mit 95 Prozent angesetzt sind. Die Stellen sind eingetragen. Das heißt eine halbe Stelle ist eine halbe Stelle sofern es dauerhaft eine halbe Stelle bleibt. Man hat den Ansatz um 5 Prozent gekürzt, weil man erfahrungsgemäß nicht alle Stellen dauerhaft besetzt haben wird. Man könnte darüber nachdenken, ob man sogar auf 93 Prozent gehen kann. Dies ist aber eine Überlegung, die man im 2. Schritt machen könnte. Er würde, wenn es denn in Ordnung ist, von Teilplan zu Teilplan gehen. Er würde als Geschäftsbereichsleiter I gerne beginnen. Man hat sich dazu entschieden, die zusätzliche Stelle Sachbearbeiter (SB) Sitzungsdienst nicht zu ziehen. Man hat festgestellt, dass Herr Albrecht und Frau Schütze eine hervorragende Arbeit leisten und somit zwei Stellen ausreichen. Die Stellen SB Vergabestelle und SB Verwaltungscontrolling sollen herausgestrichen werden. Im Teilplan 10 sollten Bufdi Stellen hinzukommen, man hat sich aber aus Kostengründen dagegen entschieden. Es soll eine Stelle SB IT Schulen geschaffen werden. Diese Stelle wurde sehr hart und kontrovers zwischen Herrn Voigt und ihm

diskutiert. Herr Voigt hat gesagt, dass er den Aufwand bezüglich der Schule nicht mehr schafft. Das Land hat sich bisher nicht dazu bewegt die Schul-IT zu administrieren.

Herr Voigt sagt, dass man aktuell in den Schulen 450 Rechner hat. Dazu kommen jeweils 3 digitale Tafeln. In der Grundschule Geusa hat man 4 digitale Tafeln und jeweils die Fachsoftware die die Schulen für die tägliche Arbeit benötigen. Das Ganze wird durch das Sachgebiet IT verwaltet. Man hat die Stelle aufgenommen, weil aufgrund des Förderprogramms „Start-Chancen“ weitere digitale Tafeln hinzukommen sollen. In Zahlen genannt sind dies ca. 60 bis 70 Stück und zeitgleich noch einmal 180 Computer. Diese gesamte Summe an Geräten wird mit dem derzeitig vorhandenen Personal nicht zu stemmen sein. Wenn man sich dazu entscheidet dem Förderprogramm Folge zu leisten und die Geräte zu beschaffen, dann benötigt er unbedingt diese Stelle.

Herr Müller-Bahr dankt Herrn Voigt. Die Stelle IT-Schulen hängt unmittelbar mit dem Förderprogramm „Start-Chancen“ zusammen. Man hat jetzt schon rund 500 Computer und 60 Tafeln an den Schulen. Hinzukommen die Server. Diese müssen durch die IT-Mitarbeiter geupdatet werden. Wenn man dies jetzt noch aufstockt, ist es für die Mitarbeiter in der IT-Abteilung nicht mehr zu bewerkstelligen. Diese Stelle soll nur aufgrund der steigenden Herausforderungen geschaffen werden.

Herr Arendt fragt, wie viele Stellen es schon im IT-Bereich gibt.

Herr Voigt sagt, dass man aktuell 4 Mitarbeiter in der IT-Abteilung hat. Die sich um die ganze Infrastruktur kümmern. Man redet hier von 29 Standorten. Dies betrifft die einzelnen Geräte vor Ort, das W-Lan und die jeweiligen Firewalls.

Herr Müller-Bahr sagt, dass Herr Arendt vielleicht wissen wollte, ob es denn schon für die Schulen einen Mitarbeiter gibt. Dies ist nicht der Fall. Die Schulen werden durch die normalen IT-Mitarbeiter betreut.

Herr Turré fragt, ob es weitere Frage zu dieser Mehrung gibt. Dies ist nicht der Fall.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man eine Stelle SB Anlagenbuchhaltung schaffen möchte. Diese Stelle soll auf 2 Jahre befristet werden. Er bittet Frau Kirchhoff-Weise ein kurzes Statement dazu abzugeben.

Frau Kirchhoff-Weise sagt, dass man nächstes Jahr eine Inventur durchführen möchte. Diese wird ziemlich aufwendig werden und aus diesem Grund möchte man sich gerne Unterstützung an Bord holen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die nächste Stelle eine sehr emotionale und prekäre Situation aufweist. Er bittet die Presse darum dieses Thema erst einmal nicht weiter zu streuen. Es geht um die Stelle SB Vollstreckung. Ab 01.01.2026 fällt die Vollstreckung für die GEZ weg. Dies macht in etwa die Hälfte aller Fälle aus. Man hat derzeitig zwei Mitarbeiter. Es gibt diesbezüglich verschiedenste Überlegungen. Man könnte sagen, dass man mehr Vollstreckungsaußendienste schafft, für Vollstreckungen die der Kommune dienen. Dies ist eine Sache die man prüfen möchte. Braucht man jetzt zwei Mitarbeiter oder braucht man nur einen Mitarbeiter. Oder man macht gar keine Außenvollstreckung mehr und beauftragt einen Gerichtsvollzieher. Oder man macht nur noch Kontenvollstreckung und keine Außenvollstreckung mehr. Dies sind alles Sachen die derzeitig geprüft werden. Er bittet darum, die Sache sanft zu behandeln und der Verwaltung noch 2 Wochen Zeit zu geben, um die Sache auszudiskutieren.

Herr Turré fragt im Sinne der Klarstellung, ob die Mitarbeiter denn in der Verwaltung bleiben würden.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Mitarbeiter selbstverständlich bleiben würden und dann nur andere Aufgaben übernehmen würden. Bei der nächsten Stelle handelt es sich um eine Mehrrung. Es handelt sich um die Stelle SB Stadterneuerung.

Herr Drießen sagt, dass der Sachbereich Stadterneuerung derzeit eine Mitarbeiterin hat. Diese ist halbtags beschäftigt. Vorher war dies das Sachgebiet von Frau Marschal. Der inhaltliche Schwerpunkt des Sachgebietes war in erster Linie die Abrechnung von Städtebaufördermitteln. Nun hat sich aber die Fördermittellandschaft verändert. Um unsere Ziele zu erreichen, werden immer mehr Fördermittel benötigt. Auf der anderen Seite Bedarf es aber immer besser durchdachte Konzepte. Was man hofft mit der Stelle zu schaffen. Auf der anderen Seite hat man immer wieder eine gewisse Dynamik im Amt. Eine altgediente Kollegin hat das Amt gewechselt und es gibt eine neue Sachgebietsleitung. Eine Entlastung ist aus diesem Grund zwingend notwendig.

Herr Turré fragt, ob es Fragen zur Stelle gibt. Dies ist nicht der Fall.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Stelle SB Grünplanung nicht geschaffen wird. Weil man hier abwägen musste und sich schließlich dagegen entschieden hat. Die Stelle SB Stadterneuerung und SB Vollstreckung betrifft das Haushaltsjahr 2027. Er bittet darum auch immer mal wieder auf die Jahre zuschauen.

Herr Turré gibt Herrn Gatzlaff das Wort.

Herr Gatzlaff dankt dem Vorsitzenden und begrüßt alle Anwesenden. Er sagt, dass es nach einer langen Liste aussieht aber am Ende wurde doch nicht viel genehmigt. Das Fachamt meldet ja immer den Bedarf an, um die Aufgaben zu bewältigen. Hierzu sind die entsprechenden Stellen gekennzeichnet. Er würde nur zu den Stellen etwas sagen, welche durch den Finanzbereich genehmigt sind. Es handelt sich einmal um den SB Hochbau. Dies hängt mit einem großen Investitionsrückstau zusammen. Um diesen Rückstau aufzuarbeiten und einen die Dächer nicht einstürzen oder es sogar regnet, was es bei manchen Gebäuden auch tut, benötigt es einen SB Hochbau. Man hat heute schön über die Stelle Bummi gesprochen. Eine Kindereinrichtung mit nur einem Mitarbeiter zu betreiben geht schlecht. Herr Schüler hat hierzu nachher noch die gute Nachricht, dass man die Stelle auch noch durch den Landkreis gefördert bekommt. Ein Werkstudent soll dazu dienen, dass man sich das Personal in Zukunft selber binden kann. Sie wissen, dass man sozialpädagogische Mitarbeiter kaum auf dem Markt findet. Aus diesem Grund soll hierzu eine Stelle geschaffen werden. Von den vielen Stellen die man im Kulturbereich benötigt, ist am Ende der SB Veranstaltungsmanagement übrig geblieben. Dieser ist für die Unterstützung im Kulturbereich notwendig, damit man die vielen Aufgaben erledigen kann. Der SB Allgemeine Verwaltung wurde nicht genehmigt. Der Verwaltungsaufwand aber selbst wird immer größer und irgendwo muss dieser erledigt werden.

Herr Turré fragt, ob die Stelle SB Veranstaltungsmanagement derzeit existiert.

Herr Gatzlaff sagt, dass es die Stelle nicht gibt. Das Veranstaltungsmanagement gibt es sozusagen. Man diskutiert ja immer darüber, was denn für Aufgaben dazu wachsen. Bisher hat man nur ein Sicherheitskonzept für die Schlossfestspiele. Inzwischen schreibt man eins für das Zauberfest und die Schlossweihnacht. Der Aufwand für die anderen Koordinierungen wird auch immer größer. Es wird noch abgewogen welche Aufgaben man den SB Veranstaltungsmanagement noch geben kann. Ob es jetzt Aufgaben aus dem Marketing-Bereich oder aus der Bibliothek sind, wird man erst sehen, wenn die Person die Stelle besetzt. Man wünscht sich ja immer bei dem Stellenbesetzungsverfahren den idealen Mitarbeiter. Die Personen haben aber verschiedene Vorkenntnisse und man müsse dann schauen, wo diese am besten in den Bereich passen. Man könnte dann gucken, ob man mit den Stellen tauscht. Dies hängt aber davon ab, ob man die Stelle überhaupt kriegt.

Herr Turré fragt, ob die Tatsache, dass die Jahresangabe fehlt, Absicht sei.

Herr Gatzlaff sagt, dass die Jahresangabe 2026 ist. Er vermutet, dass es sich einfach um die Zeile oben drüber handelt.

Frau Krause fragt, was ein Werkstudent ist und was er ausübt.

Herr Gatzlaff sagt, dass ein Werkstudent ein Student sei, der nicht zu allererst von BaföG lebt. Dieser bekommt eine Anstellung in einem Unternehmen oder in dem Fall in einer Verwaltung. Dieser bezieht dafür Geld. In dem Fall wären es 12.000,00 Euro im Jahr. Dieser würde im Monat also etwa 1.000,00 Euro bekommen. Dieser soll sich dann darauf konzentrieren Studium und Praktikum unter einen Hut zu bekommen.

Frau Krause fragt, mit welchen Aufgaben er betraut werden soll.

Herr Schüler dankt dem Vorsitzenden und sagt, dass man eine Kooperation mit der Hochschule hat. Diese hat auch den Studiengang soziale Arbeit. In der Vergangenheit hat es sich schon bewährt, dass man im Rahmen von Pflichtpraktikas Studenten in den Jugendeinrichtungen und im Streetwork eingesetzt hat. Es ist aber so, dass wenn ich jemanden eine Perspektive über das Studium bieten kann und er uns dafür unterstützt. Er dafür die Aufwandsentschädigung bekommt. Es handelt sich hierbei um Teilzeit. Das heißt ein Werkstudent darf nur maximal 20 Stunden in der Woche arbeiten. Man hat es bisher auch so praktiziert, dass man freie Stellen, die man teilweise nicht besetzen konnte, mit Werkstudenten besetzt hat. Diese bringen das notwendige Wissen aus dem Studium mit und bereichern dadurch unser Angebot. Zusätzlich unterstützen sie die Mitarbeiter unserer Verwaltung.

Herr Gatzlaff sagt, dass man zusammenfassend sagen kann, dass man sich das Personal der Zukunft sichert.

Herr Turré sagt, dass es sich defacto aufgrund der Rechtslage um eine Teilzeitstelle handelt. Im Idealfall zieht man sich den Nachwuchs von Morgen heran.

Herr Kreisel sagt, dass die Stelle mit den Werksstudenten ganz sinnvoll sei. Er hat noch eine Frage zum SB Veranstaltungsmanagement. Er fragt, wie denn die Aufgaben derzeit erledigt werden. Zudem möchte er wissen, wenn man über die Mehraufgaben, wie das Erstellen von Sicherheitskonzepten spricht, ob der SB Veranstaltungsmanagement überhaupt in der Lage ist solche Sicherheitskonzepte zu erarbeiten.

Herr Gatzlaff sagt, das Problem ist das er muss. Die Frage besteht momentan aber nicht. Für die Sicherheitskonzepte die dazukommen, bleiben andere Aufgaben dafür liegen. Ein SB Veranstaltungsmanagement muss sich mit den Fragen intensiv auseinandersetzen. Das macht momentan Frau Szumodalsky. Am Ende wird dann geschaut, wie man die Expertise zusammenkriegt. Man arbeitet mit dem Ordnungsamt und der Polizei zusammen. Es muss aber einer schreiben. Bis jetzt hat es keine Bereitschaft dafür gegeben. Man könnte dies auch wo anders ansiedeln aber auch dafür fehlen dann wieder die Kapazitäten und andere Aufgaben bleiben liegen.

Herr Kreisel fragt, wie viele Personen man momentan hat um die genannten Aufgaben zu bewältigen.

Herr Gatzlaff sagt, dass man insgesamt für das Veranstaltungsmanagement 3 Personen hat.

Herr Haring sagt, dass er die Notwendigkeit der Stelle nicht in Frage stellt. Ihn interessiert aber die Legitimation der Eingruppierung. Wenn man in den Geschäftsbereich I schaut, hat man 2 SB Stellen drin. Konkret handelt es sich um die Stellen SB Anlagenbuchhaltung und SB IT-Schulen. Hierbei handelt es sich um Pflichtaufgaben. Diese beiden Stellen sind mit der EG 6 und EG 7 bewertet. Der SB Veranstaltungsmanagement ist mit einer EG 9b und der SB Hochbau mit einer EG 10 bewertet. Ihn interessiert für den SB Veranstaltungsmanagement

das Anforderungsprofil für die Stelle, was die EG 9b rechtfertigt. Wenn bei Pflichtaufgaben die EG 6 und die EG 7 angesetzt sind.

Herr Gatzlaff sagt, dass sich die Eingruppierung aus dem Tarifvertrag ergibt. Für den SB Veranstaltungsmanagement benötigt man einen Hochschulabschluss. Ein Hochschulabschluss fängt immer mit einer 9b an.

Herr Haring bedankt sich bei Herrn Gatzlaff.

Herr Turré fragt, ob es zum Geschäftsbereich II Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er gibt Frau Findeisen das Wort.

Herr Müller-Bahr sagt, dass solange das Mikrofon zu Frau Findeisen wandert, er die 1. Stelle einführen wird. Es handelt sich hierbei um die Stelle von Frau Findeisen. Man hat sich dankensweise laut Beschluss für Frau Findeisen als Geschäftsbereichsleiterin entschieden. Hier ist nun die Stellenumsetzung die gemäß des Beschlusses verschriftlicht wurde. Es handelt sich hierbei somit um eine Stelle die es schon gibt und nun umgesetzt wird.

Herr Turré sagt, dass die Zahl die bei der Stelle etwas irreführend ist, da Frau Findeisen auch jetzt nicht ehrenamtlich arbeitet.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es tatsächlich etwas irreführend ist. Es handelt sich hierbei lediglich um die Umsetzung im Stellenplan.

Herr Turré sagt, dass die aktuelle Stelle wegfällt und jetzt höher bewertet wird.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es sich um eine Fortführung handelt und derzeit nicht im Stellenplan enthalten ist. Die Stelle ist sachgrundbefristet durch Entscheidung. Diese muss jetzt in den Stellenplan verankert werden.

Frau Findeisen dankt dem Vorsitzenden und grüßt alle Anwesenden im Raum. Sie sagt, dass man jetzt durch die neue Amtsleiterin Frau Drechsel neu im GB III aufgestellt ist. Sie würde zu den Stellen etwas sagen. Es gab im Straßen- und Grünflächenamt eine Stellenumwandlung des Tierpflegers. Sie gibt Frau Drechsel das Wort.

Frau Drechsel sagt, dass eine Stelle des Straßenreinigers in die Stelle des Tierpflegers umgetauscht wird. Die Stelle ist soweit sie informiert ist, auch schon besetzt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man auch hier nur eine Korrektur im Stellenplan vornimmt.

Frau Findeisen sagt, dass man als nächstes eine Bufdi Stelle angemeldet hat. Diese ist für den Friedhof oder den Tierpark vorgesehen. Es gibt stetig Anfragen von Freiwilligen. Man muss dann natürlich Geld einplanen, sodass man diese auch beschäftigen kann. Gerade bei den freiwilligen Aufgaben ist man darauf angewiesen kostensparend Arbeiten zu erledigen. Man bittet daher um Zustimmung für die Bufdi-Stelle. Als nächstes wird die Stelle Grünarbeiter besprochen. Es handelt sich hierbei um 2 Stellen. Man hatte Anfangs 4 Stellen geplant. Ist dann aber auf 2 Stellen heruntergegangen. Man hat einen enormen Bedarf im Bereich Grün. Sie bittet Frau Drechsel hierzu etwas zu sagen.

Frau Drechsel sagt, dass der Personalbedarf im Bereich Grün nach wie vor steigend ist. Es gibt eine neue EU-Verordnung, diese nennt sich Wiederherstellungsverordnung. Diese gibt vor, wie hoch der prozentuale Grünbereich in den Städten sein muss. Hier spielt auch die Baumbeschattung eine Rolle. Merseburg weicht hier von dem Ist-Zustand der vorhanden sein muss ab. Man ist derzeit bei Grünbereich 5 Prozent unter der Norm und bei den Verschattungsbereich der Bäume bei -3 Prozent. Nichtsdestotrotz hat die Stadt Merseburg durch den Schlossgarten, den Gotthardtsee und durch viele Splitterflächen einen erhöhten Bedarf an Grünflächenarbeiten. Man muss auch berücksichtigen dass eine massive Baumpflege ansteht.

Durch die vergangenen Trockenperioden sind viele Bäume rückgängig. Man muss hier viel Pflege aufwenden. Auch Rasen- und Wiesenflächen sind nicht mehr so beständig wie sie es sein müssten. Diese müssen rekultiviert werden. Man ist mit 4 Stellen in den „Kampf“ gezogen und konnte sich am Ende auf 2 Stellen im Bereich Grünpflege einigen.

Herr Arendt fragt, wie es mit Outsourcing aussieht. Es sei in anderen Bereichen Gang und gebe sei. Es gibt in der Region viele Garten- und Landschaftsfirmen.

Frau Drechsel sagt, dass dies korrekt sei und Aufträge auch Außerhalb vergeben werden. Diese sind aber nicht gut besetzt. Man hat hier Probleme in der Durchführung der Arbeiten und in der Regelmäßigkeit. Die Pflege von Parkplätzen wird extern schon vergeben. Dies ist finanziell nicht unbedingt günstiger. Man hat angeschaffte Technik die bewegt werden muss. Gerade Beete und Gärten an externe Hände zu vergeben, ist aus unserer Sicht nicht zielführend.

Herr Turré sagt, dass man im Bereich Grün von einer Aufgabenkritik reden müsste. Das was man von dem Amt erwartet ist mannigfaltig. Es erfordert immer mehr Personal. Dies sprengt aber eigentlich den Kostenrahmen. Der Bereich Friedhöfe ist für ihn eine Parkanlage mit Zusatznutzung. Man leistet sich hier sehr viel. Man sieht den Unterschied bei den kirchlichen und städtischen Friedhöfen. Die städtischen Friedhöfe sind alle gut und hochwertig gepflegt. Dies bedeutet aber für den Steuerzahler zunehmend eine Belastung. Entweder man schafft es Flächen zu minimieren oder drastisch zu reduzieren. Man ist im Bereich Grün deutlich zu teuer.

Frau Drechsel bedankt sich bei Herrn Turré, dass er die Friedhöfe anspricht. Man sei aktuell dabei die Friedhofssatzung inklusive die Friedhofsgebührensatzung anzupassen. Man sei aktuell im Gräberangebot nicht im Markttrend. Man möchte Grabangebote erweitern und die vorhandenen Flächen besser nutzen. Dies wird sich in den Friedhofsgebühren in den nächsten Jahren niederschlagen.

Herr Turré sagt, dass trotzdem nicht mehr Leute sterben und man trotzdem zu viel Fläche hat.

Frau Drechsel sagt, dass dies nicht stimmt. Es sterben mehr Leute, weil die Leute auch mehr in das Alter kommen. Die Alterspyramide wie wir sie kennen existiert nicht mehr. Sie ist zu einem Altersbauch geworden. Es ist gerade in Deutschland zu erkennen, dass ein höheres Sterbeaufkommen zu verzeichnen ist. Unsere Grabangebote müssen moderner werden. Eine reine Urnengrabanlage ist nicht mehr interessant. Dem entsprechend müssen die Friedhofsflächen angepasst werden. Die Friedhofsfläche kann nicht komplett auf den Bürger umgelegt werden. Es kann nur die reine Grabfläche, plus einen prozentualen Zuwachs reiner Sterbefälle auf den Bürger umgelegt werden. Dies möchte man in Zukunft mit einer Grabfelderanlage erreichen. Grundsätzlich kann nur ein gesamter Friedhof geschlossen werden. Es kann nicht nur eine Parzelle geschlossen werden. Die Stadtverwaltung müsste sich somit intensiv für eine Schließung eines gesamten Friedhofs aussprechen.

Herr Hayn sagt, dass er Frau Drechsel unterstützt. Wie alle Wissen arbeitet er bei einem großen Wohnungsunternehmen. Dieses ist auf der ganzen Fläche mit Wohnungen in Merseburg verteilt. Er kennt die Befindlichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner was das Thema Grün angeht sehr genau. Weil kein Mangel da ist. Die Einwohner schauen aber genau hin wie die Qualität ist. Aus diesem Grund weiß er, was für ein Bedarf da ist und unterstützt Frau Drechsel ausdrücklich in der Stellenmehrung.

Herr Turré sagt, dass der Mieter der „WG Aufbau“ es dann ehrlicherweise mit höheren Betriebskosten über die Grundsteuer finanzieren muss.

Herr Hayn sagt, dass der Finanzierungsvorschlag von Frau Drechsel schon gekommen ist.

Herr Turré sagt, dass man auf die Friedhofsgebührensatzung wartet.

Frau Schulenberg sagt, dass als sie hier anfang, war das Sachgebiet Wohngeld und das Einwohnermeldamt eins. Es konnte von einer Person abgedeckt werden. Man hat aber durch die Wohngeldreform eine enorme Steigerung der Leistungsempfänger dazubekommen. Früher war es der Rentner der einmal im Jahr sein Wohngeld eingereicht hat. Durch die Erhöhung des Wohngeldes kommt jetzt aber eine ganz andere Dynamik hinzu. Es gibt jetzt viele Leute die Arbeiten gehen und das Einkommen nicht ausreicht um ihren Wohnraum zu sichern. Mit den steigenden Fällen, benötigt man nun jemanden um diesen Mehraufwand zu bewältigen. Früher hat hier ein leitender Angestellter gereicht. Es ist nun aber nötig, dass man hier einen Sachgebietsleiter hat, der mit Rechtskenntnissen herangeht und die Sachbearbeiter gut einführt. Das Gebiet ist so vielfältig geworden, sodass es ein normaler Sachbearbeiter nicht mehr abdecken kann.

Herr Kreisel sagt, dass es sich doch um Bescheid Bearbeitung handelt. Dies müsste ja auch ein ausgebildeter Verwaltungsfachangestellter rechtssicher bearbeiten können.

Frau Schulenberg sagt nein. Bei der Rente hat man Abzüge das geht. Bei Gehältern sieht es aber anders aus. Da muss man gucken. Welche Abzüge habe ich. Was kann ich aus dem Gehalt mit reinnehmen. Man muss sich tatsächlich jeden Einkommenszettel anschauen und entscheiden, was Einkommen im Sinne des Wohngeldes ist.

Herr Kreisel fragt, ob es sich um die tatsächliche Mehrarbeit handelt.

Frau Schulenberg sagt, dass sich einmal die Leistungsspanne erhöht hat. Es gibt jetzt dreimal so viele Fälle wie vorher. Darüber hinaus hat sich die fachliche Tiefe, um das Wohngeld zu berechnen, enorm gesteigert.

Herr Kreisel fragt, ob man dies nicht mit Verwaltungsfachangestellten, auch wenn man diese schult, nicht abdecken kann.

Frau Schulenberg sagt, dass man das abdecken kann. Für die Leitung des Sachgebietes reicht es aber nicht mehr aus, einen leitenden Sachbearbeiter zu haben. Man benötigt einen Sachgebietsleiter, um die ganzen Widersprüche die kommen zu bearbeiten. Die Größenordnung der Auszahlung hat sich geändert. Man braucht einfach einen disziplinarischen Vorgesetzten.

Herr Kreisel fragt, ob dieser einen Hochschulabschluss braucht.

Frau Schulenberg sagt, dass man gerne einen Verwaltungsfachwirt haben möchte.

Frau Drechsel sagt, dass das Amt 60 einen SB Spielplatz angemeldet hat. Dieser steht nun aber nicht auf der Liste.

Herr Müller-Bahr sagt, dass das richtig ist und fragt wo dieser hin ist. Man wird diesem nachgehen. Man hat den SB Spielplatz mit draufgenommen, weil die Herausforderung bei fast 50 Spielplätzen gestiegen ist. Es reicht eine Person nicht mehr aus. Man benötigt zwei Personen.

Herr Arendt fragt noch einmal zum Sachgebietsleiter Wohngeld. Er ist der Meinung, dass die Digitalisierung Bürokratie abbaut und nicht aufbaut. Es muss doch dazu führen, dass man weniger Personal benötigt.

Frau Schulenberg sagt, dass es nur dazu dient, dass der Bürger seinen Antrag online stellen kann. Der Mitarbeiter druckt diesen aus und legt eine Akte an.

Herr Arendt sagt, dass es hierfür doch Programme geben müsste.

Frau Schulenberg sagt, dass man keine digitale Akte hat.

Herr Arendt fragt, wieso nicht.

Frau Schulenberg sagt, dass dies vom Land zur Verfügung gestellt wird. Man sei hier die ausführende Gewalt.

Frau Drechsel sagt, dass das Onlinezugangsgesetz eine große Schwachstelle hat. Es gibt hierfür kein einheitliches System.

Herr Arendt sagt, dass man nur eine Software anschaffen müsste.

Frau Schulenberg sagt, dass dies nicht in unserer Hand liegt, sondern dass man hier nur Bundesvorgaben umsetzt.

Herr Gatzlaff sagt, dass er es mal für Herrn Arendt erklären möchte. Er erklärt es an dem Beispiel Kitaportal. Man sei gerade bei 20 von 38 Seiten für das Leistungsverzeichnis. Der Anbieter kommt dann vielleicht und sagt, dass er nur dies oder das macht. Herr Krappmann wird ihnen einen langen Vortrag halten wie die Vergabe funktioniert. Es ist nicht so, dass man ein Programm holt und alles fertig ist. Dies wäre schön. Die Bundesländer können sich leider nicht dazu durchringen, sich auf ein Fachverfahren zu einigen. Beim „Start-Chancen“ Programm arbeitet das Land seit 2 Jahren dran. Man hat jetzt eine Richtlinie herausgegeben in der hervorgeht wie die Fördermittel vergeben werden. Damit müssen sich Frau Schulenberg, Frau Findeisen, Herr Schüler und ich rumärgern. Digitalisierung macht sich leider nicht von selbst. Das Personal was man für den technischen Aufwand benötigt findet man nicht, da man keine richtige Zulage zahlen darf.

Herr Arendt nimmt es erst einmal zur Kenntnis.

Herr Seifert fragt, wie sich der Arbeitsaufwand entwickelt hat.

Frau Schulenberg sagt, dass sich der Arbeitsaufwand in 3 Jahren verdreifacht hat.

Frau Findeisen stellt nun den SB Kritische Infrastruktur vor. Dieser wird für kritische Fälle benötigt. Es handelt sich um Fälle in der die Verwaltung nicht mehr mit den normalen Ressourcen handlungsfähig ist. Man hat dies in der Corona Pandemie gesehen. Man musste in wenigen Tagen mehrere Teams zusammenstellen und entscheiden welche Mitarbeiter von ihren normalen Aufgaben abgezogen werden. Sie redet von Lagen, wie z.B. Bränden in den letzten Jahren. Bei Bombenevakuierungen musste man sich damit auseinandersetzen. Man braucht ab einer gewissen Größe des Einsatzes einen Krisenstab. Damit dieser handlungsfähig ist, muss dieser entsprechend ausgestattet sein. Man braucht einen Plan und regelmäßige Übungen mit den gemeinsamen Partnern. Man hat in Gefahrenlage eine hohe Bereitschaft von den Bürgern erfahren. Die Kriseneinstütze müssen koordiniert werden. Man muss bei Krisen den Schalter umlegen von normaler Arbeit auf Einsatzleitung. Auf Arbeit die sich mit der Krise beschäftigt. Es kann trotzdem sein, dass ein Teil der Verwaltung immer noch normal arbeiten muss. Man hat dies unter den Kollegen breit diskutiert. Man hat versucht dies mit eigenen Mitteln auf das Papier zu bekommen. Es bedarf aber jemanden der dies zusammenträgt. Herr Gatzlaff hat im Rahmen des Blackouts als bei uns eine Gasmangellage aufgrund des Ukrainekriegs gab, schon viel Vorarbeit geleistet. Man muss Risikomanagement betreiben. Herr Voigt macht dies im Bereich IT-Sicherheit. Man muss sich als Verwaltung der Sache stellen. Man muss vor die Lage kommen und nicht in die Lage oder nach der Lage. Man muss einfach mal Men Power in die Verwaltung bringen. Sie halte dies für unabdingbar. Das Thema Sicherheitskonzept hat man schon angesprochen. Man beschäftigt sich seit dem Anschlag in Magdeburg intensiv mit dem Thema bei unseren Veranstaltungen. Es gibt viele Bereiche in der man mit anderen Hilfsorganisationen zusammenarbeitet. Man hatte dies auch in diesen Jahr mit dem Betreuungszug als der Brand in der Straße des Friedens ausgebrochen ist. Die Ressourcen die man in so einem Fall aufbringen muss sind immens. Aus diesem Grund hält sie die flammige Rede für den SB Kritische Infrastruktur.

Herr Eichelmann dankt Frau Findeisen und fragt, ob man dieses Jahr noch einmal über die generelle Krisenvorsorge in der Stadt spricht. Man muss sich aber entscheiden in welches Amt man das Thema Veranstaltungssicherheit verlagert. Die Aufgaben würden sich dann überschneiden.

Frau Findeisen sagt, dass man die Krisenvorsorge dieses Jahr nicht mehr schaffen wird. Sie sagt, dass sie die Stelle SB Kritische Infrastruktur bei sich sieht. Es handelt sich um die Gefahrenabwehr. Sie alleine schafft die Aufgabe nicht. Es müssen Pläne für ein Hochwasser oder für einen Chemieunfall geschrieben werden. Dafür braucht es tatsächlich jemanden der sich darum kümmert. Das alle Ressourcen die man hat gebündelt und aktualisiert werden. Das allerwichtigste ist aber das man Übungen organisiert. Das man die Leute die im Verwaltungstab arbeiten entsprechend ausbildet.

Herr Kreisel sagt, dass er es teilweise nachvollziehen kann. Er ist aber bei Herrn Eichelmann, weil sich die Aufgaben ja dann überschneiden. Auf der einen Seite der Veranstaltungskaufmann mit der entsprechenden Ausbildung, damit er das Sicherheitskonzept erarbeiten kann. Man kann ja jetzt nicht in jedem Amt eine Stelle hierfür schaffen. Er fragt, wer denn dies bis jetzt gemacht hat.

Frau Findeisen sagt, dass dies niemand gemacht hat.

Herr Kreisel sagt, dass er es nicht nachvollziehen kann, dass man damit argumentiert, dass ein Brand schlimmer sein kann als wie er es jetzt war. Wenn dies der Fall ist, dann müsste man deutlich mehr einstellen.

Frau Findeisen stimmt Herrn Kreisel zu. Das Gefahrenpotential hat sich verändert. Sie war beim Landkreis. Man befindet sich derzeit in einem Spannungsfall. Es gibt einen Friedensfall, Spannungsfall und einen Kriegsfall. Dies richtet sich nach der derzeitigen politischen Lage. In Berlin war beispielsweise ein Anschlag auf ein Stromverteilerzentrum. Hier waren mehrere Tage zehntausende Menschen ohne Strom. Stellen sie sich vor, dass würde in Merseburg passieren. Dann müsste man sich die Arbeit aufteilen. Die Stadtwerke alleine würden das nicht hinbekommen. Die Menschen würden sich in so einem Fall zuerst an die Kommune wenden. Man sollte Bedenken, dass wenn es sich um ein längeres Ereignis handelt, man zwei Schichten benötigt. Wir müssen uns mit dem Thema beschäftigen. Man sollte den Bürgern klar machen, dass auch sie sich kümmern müssen. Man muss vermehrt präventiv vorgehen.

Frau Schulenberg fragt, wer im Raum die App vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz hat und sich dementsprechend vorbereitet.

Herr Arendt meldet sich.

Frau Schulenberg sagt, dass genauso der Querschnitt bei der Bevölkerung in Merseburg aussehen wird. Sie geht davon aus, dass wir helfen müssen. Das man sagen muss, wo man Essen und Wasser bekommt. Man hatte bis jetzt immer Glück was Katastrophen angeht.

Herr Arendt sagt, dass wenn man einen Mitarbeiter haben möchte, findet er auch genug Gründe. Er findet, dass man den Teufel ein bisschen an die Wand malt. Wie viele Katastrophen hat man denn. Man sollte auch bedenken, dass bei Katastrophen erst einmal andere zuständig sind, wie z.B. die Feuerwehr, die Polizei oder das Technische Hilfswerk. Er sagt, dass man ganz ruhig bleiben sollte. Jeder sollte selber auf sich achten. Hier jetzt eine Stelle zu schaffen, die man evtl. mal gebrauchen könnte, dafür ist der Haushalt nicht das richtige. Er ist der Meinung, dass man die Stelle nicht schaffen sollte. Die Verwaltung sollte dies so schaffen.

Herr Haring sagt, dass man immer noch bei der Vorstellung des Haushaltes ist und man jetzt schon seit 20 Minuten nur über die eine Stelle diskutiert. Jede Fraktion hat die Möglichkeit in den Fachausschüssen noch einmal auf die Stelle einzugehen. Er schlägt vor in der Haushaltsdebatte weiterzugehen.

Herr Turré sagt, dass er auch über die Stelle abstimmen lassen kann. Man kann eine Empfehlung geben.

Herr Hayn sagt, dass er sich für die Stelle aussprechen würde. Er war an dem Tag des Brandes selbst 4 – 5 Stunden vor Ort, da es den Eingang seiner Eltern betroffen hat und er dort selbst groß geworden ist. Er hat es selbst erlebt, wie in einer kurzen Zeit eine Flut von Fragen aufkam. Auch welche Probleme sich herausstellten. Die Mitarbeiter vom Ordnungsamt waren schnell vor Ort, haben koordiniert und Fragen beantwortet. Man geht natürlich davon aus, dass so etwas nicht passiert. Wenn es aber passiert, sollten wir vorbereitet sein und nicht erst nachdem etwas passiert ist sagen, ach hätten wir mal was gemacht. Denn sind wir mal ehrlich, wir schreien dann am lautesten, wenn etwas passiert ist. Er hat es gesehen, als die Feuerwehrleute mit einer Decke kamen und man kurzzeitig vermutete, dass noch das eine Kleinkind fehlt. Es war aber Gott sei dank nur ein Vogel im Korb. Es hätte aber auch das Kind sein können, dann möchte er sehen, wie dann die Diskussion abgelaufen wäre. Man sagt ja immer Prävention und Vorsorge und nicht erst wenn das Kind in den Brunnen gefallen und ertrunken ist. Er plädiert ausdrücklich für die Stelle SB Kritische Infrastruktur.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass der Fachausschuss ihrer Meinung nach für diese Stelle zuständig ist. Wir können uns dann dem Fachausschuss anschließen.

Herr Turré sagt, dass die Liste ein lebendes Dokument sei. Die Frage ist nun ob die Verwaltung damit beauftragt wird die Stelle herauszustreichen oder nicht. Der Ordnungsausschuss kann aber gerne sagen, dass er die Stelle wieder reinhaben möchte. Man sollte aber schon ein Signal als Finanzausschuss geben, ob uns die benannte Stelle den Geldbetrag Wert ist oder nicht. Er sagt, dass sich für ihn die Frage stellt. Brandschutz und Katastrophenschutz sind für ihn Pflichtaufgaben. Er würde, wenn dann andere Dinge von der Liste streichen. Er möchte jetzt im Finanzausschuss gerne ein Votum, wie mit der Stelle umzugehen ist. Herr Turré lässt über die Stelle Kritische Infrastruktur abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	3

Der Antrag hat keine Mehrheit gefunden. Der Finanzausschuss empfiehlt die Stelle SB Kritische Infrastruktur aus den Stellenmehrbedarf 2026/2027 zu streichen.

Herr Seifert fragt, warum man nun über diese Stelle abgestimmt hat und nicht auch über die anderen Stellen.

Herr Turré sagt, weil es einen Änderungsantrag gab.

Herr Seifert sagt, dass er sehr gerne erwartet hätte, in der Fraktion über die Dinge zu sprechen. Es geht ihn alles zu schnell. Er möchte die Chance haben, dies in der Fraktion zu besprechen.

Herr Turré sagt, dass es Herrn Seifert frei steht am 20.11.2025 einen Änderungsantrag zu stellen. Er sagt, dass man jetzt ein Ergebnis hat und die Stelle am heutigen Abend keine Mehrheit gefunden hat. Für die Stelle SB Kritische Infrastruktur wäre es hilfreich den Ordnungsausschuss zu überzeugen. Er fragt, ob es zum Sachgebietsleiter Feuerwehr Diskussionsbedarf gibt. Dies ist nicht der Fall. Er sagt, dass man bei der Stelle SB Anlagenbuchhaltung die Befristung von 2 Jahren mit hereinnimmt. Bei der Stelle Sozialpädagogischer Mitarbeiter wird die Zahl korrigiert, da es eine Förderung vom Landkreis gibt. Die Stelle SB Kritische Infrastruktur

hat keine Mehrheit gefunden. Zu Ergänzen ist beim Teilplan 60 der SB Spielplatz. Dies wären die Änderungen an der vorhandenen Liste.

Herr Müller-Bahr sagt, dass er dies notiert hat und die Änderungen erfolgen.

Herr Plack sagt, dass man keine Zahlen zum SB Spielplatz gehört hat.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es sich um die EG 7 handelt. Sie werden es im Ausschuss und im Stadtrat noch einmal hören.

Herr Turré fragt, dass man aber grundsätzlich den SB Spielplatz nicht in Frage stellt. Dies ist nicht der Fall. Er bittet darum den SB Spielplatz mit in die Liste aufzunehmen.

Es wird um 19:27 Uhr eine Pause der Sitzung eingelegt.

Herr Turré setzt die Sitzung um 19:48 Uhr fort. Man wird jetzt mit dem Ergebnishaushalt nach Ämtern anfangen. Dies erfolgt nach der Nummerierung der Ämter. Er gibt Herrn Müller-Bahr das Wort.

Herr Müller-Bahr dankt dem Vorsitzenden und sagt, dass man nun Amt für Amt durchgeht. Die Amtsleiter sind anwesend und würden dann entsprechend erläutern. Die Personalkosten wird er jetzt nicht noch einmal separat angehen. Man hat das Glück, dass man anhand des TVöD die Kosten gut einschätzen kann. Er stellt den Ergebnishaushalt anhand des IKVS vor und erklärt kurz die Benutzung des Programmes. Man würde anhand der einzelnen Teilpläne vorgehen. Man wird gleich sehen, dass das Ganze nicht allzu komplex ist. Er geht auf die Aufsichtsratsvergütung ein. Er ist als Oberbürgermeister Kraft Amtes in den Räten. Die Vergütung erhält er nicht als Privatperson, sondern als Oberbürgermeister. Diese Vergütung wird direkt an die Stadt abgeführt. Er sieht diese gar nicht. Er geht auf die Konzessionsabgaben ein. Diese sinken mit dem Verbrauch der Bürger. Wird weniger Gas, Strom und Wasser verbraucht, wird es auch weniger Konzessionsabgaben geben. Dies muss man natürlich anhand der Altabrechnungen hochrechnen. Die Gewinnausschüttung bei der MWS ist geringer ausgefallen. Bei der Kovisa richtet sich die Höhe der Ausschüttung nach den Anteilen. Bei den Personalaufwendungen im Amt 01 gibt es eine Senkung, da man eine Stelle weggestrichen hat. Es gibt noch die normalen Sachaufwendungen. Er würde jetzt aber nicht bei jeden 4000,00 Euro anfangen zu diskutieren. Man schaut sich an wie das Konto in den letzten Jahren bedient wurde und rechnet es dann auf das Jahr hoch. Man nimmt dann diese Werte und spricht dann noch gegebenenfalls mit den Amtsleiter und Sachgebietsleiter. Es werden nicht ins blaue hinein Ansätze erfunden. In dieser Ansicht sieht man aber nur das vorläufige Ergebnis aus 2024. Der Jahresabschluss liegt noch nicht vor. Es ist leider technisch nicht möglich das vorläufige Ergebnis aus 2025 vorzustellen. Der Gesetzgeber sagt, dass der Haushaltsplan mit den Haushaltsansatz aus 2025 zu planen ist. Er erklärt einen Sprung in den Aufwendungen. Dies liegt daran, dass die Internetseite gekündigt wurde. Man hat 75.000,00 Euro für eine neue Internetseite eingeplant. Man wird in naher Zukunft die Kündigung unserer Internetseite erhalten. Er fragt ob es Fragen zu Teilplan 01 gibt. Dies ist nicht der Fall. Er kommt zum Teilplan 06. Man hat Personalaufwendungen und die Ehrenamtstätigkeiten des Stadtrates. Er kommt sodann zu Amt 10. Es gibt eine sehr hohe Kostenentwicklung in der IT. Er geht auf den Punkt Mieten und Pachten ein. Man mietet Technik an. Er sagt, dass man auch Wartungsverträge hat. Er gibt Herrn Voigt das Wort.

Herr Voigt sagt, dass man als Querschnittsamt der Dienstleister für die Fachämter ist. Diese haben bei ihm in der IT-Abteilung Software angemeldet. Es gibt unter anderem das Thema Feuerwehrsoftware und das Thema Bürgerkonto. Man ist verpflichtet dem Bürger die Dienstleistung online anzubieten. Jede Dienstleistung verursacht Kosten. Man hat für die Website eine Software mit drin. Diese wird regelmäßig auf Barrierefreiheit überprüft.

Herr Müller-Bahr sagt, dass Investitionen unmittelbar Einfluss auf den Ergebnisplan haben. Sollte man Investitionen im IT-Bereich in der nächsten Woche streichen, dann würde das

Einfluss auf den Ergebnisplan haben. Man hat noch die Cloud als Thema. Er bittet Herrn Voigt hierzu etwas zu sagen.

Herr Voigt sagt, dass man durch Microsoft darauf angewiesen ist Sachen nicht mehr vor Ort zu lagern, sondern diese auch in der Cloud zu speichern. Microsoft lässt dies leider nicht anders zu. Man ist hier in der Pflicht Lizenzen und Speicherplatz zu kaufen. Er sagt, dass man ein Kitaportal aufnehmen möchte. Hier liegen die Kosten bei 50.000,00 Euro im Jahr.

Herr Müller-Bahr sagt, dass sich bei manchen Posten ein „i“ verbirgt. Man kann dort Kommentare an den einzelnen Kostenstellen einfügen.

Herr Arendt fragt, was man genau unter den Posten Mieten und Pachten versteht. Was genau Mieten wir außer Software?

Herr Voigt sagt, dass man da z.B. Drucker anmietet.

Herr Müller-Bahr sagt, dass Herr Voigt auf den Cent genau die Preissteigerung in einer Excel Tabelle dargestellt hat und lobt ihn hierfür.

Herr Voigt sagt, dass er den Auftrag erhalten hat die IT-Abteilung der Stadtverwaltung zu leiten und er dies nach Besten Wissen und Gewissen tut. Falls jemand Fragen hat, kann er gerne jederzeit zu ihm kommen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man versucht die Ansätze auch zu verringern. Dies wird mit einem Pfeil nach unten dargestellt.

Herr Turré fragt, ob es Fragen zum Hauptamt gibt. Dies ist nicht der Fall. Er sagt, dass man dann jetzt zum Amt 20 kommt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass er das Amt einmal in Allgemeine Finanzdeckung aufsplittet. Dies es Amt ist eines unserer Lieblingsämter, weil dieses mehr Geld hereinholt als ausgibt. Was das Amt ausgibt, daran hat es nicht einmal Schuld. Es handelt sich um die vorhin bereits erwähnten Transferleistungen an den Kreis. Dies umfasst 98 Prozent der Aufwendungen. Der Rest sind z.B. Weiterbildungen. Die Erträge ergeben sich z.B. aus der Grundsteuer. Man hat die Steuerschätzung Oktober 2025 erhalten. Die Hochrechnung hat man vorhin dem Vorsitzenden überreicht. Man schaut sich die Hochrechnung noch einmal sehr genau an. Man hat festgestellt das man mit der Schätzung die Hochrechnung schon sehr gut getroffen hat. Vielleicht kann man auch noch einmal ein paar wenige Euro hochgehen. Je höher man den Ansatz setzt desto tiefer ist der Fall falls es doch nicht so kommt. Man hat geschaut wieviel Grundsteuer reingekommen ist. Es wird jetzt weniger Grundsteuer in Summe eingenommen als vorher.

Herr Turré sagt, dass man dies korrigieren kann.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man als Verwaltung empfiehlt ein Jahr mit der Korrektur zu warten, da man derzeitig noch nicht alle Bescheide hat.

Herr Turré sagt, dass man bei der nächsten Hebesatzung drehen sollte. Man sei jetzt aber schon Nahe an der Wunscheinnahme von 4.000.000,00 Euro dran. Es gibt nur eine Abweichung von ungefähr 5 Prozent. Dies hebt er lobend hervor.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man bei der Gewerbesteuer im Jahr 2024 12.000.000,00 Euro eingenommen hat. Im Jahr 2025 rechnet man nach heutigem Stand mit einem Ergebnis von 14.450.000,00 Euro. Man hat jetzt für den Haushalt 13.000.000,00 Euro und 13.500.000,00 Euro angesetzt. Er schlägt jetzt den Mittelwert von 13.800.000,00 Euro und 14.100.000,00 Euro vor. Man könnte es also um 1.400.000,00 Euro erhöhen. Man sollte aber eins bedenken, wenn man die Gewerbesteuer erhöht, muss man 2 Jahre später die Umlage erhöhen. Das

heißt, man würde sich jetzt etwas Gutes tun, aber ergo im Jahr 2028 höhere Umlagen zahlen. Es würde sich tatsächlich aufheben. Herr Ebert hat es einmal vorgerechnet. Es würden 20 Prozent in unserer Tasche verbleiben und 80 Prozent würden im Laufe der nächsten 3 Jahre verschwinden, weil sie dann durch Umlagen abfließen. Es handelt sich hierbei um eine Wahrscheinlichkeitsrechnung. Er sagt, dass es ähnlich beim Gemeindeanteil der Einkommenssteuer aussieht. Hier sagt die Steuerschätzung 13.100.000,00 Euro und 13.800.000,00 Euro voraus. Es handelt sich um Geld das direkt bei uns verbleibt. Er korrigiert sich und sagt, dass der Betrag anteilig an den Landkreis fließt. Ähnlich sieht es beim Gemeindeanteil der Umsatzsteuer aus. Auch diese wird uns zugewiesen. Die Steuerschätzung sagt 3.000.000,00 Euro und 3.700.000,00 Euro. Hier liegt auch ein großer Unterschied vor. Man konnte aber noch nicht über die top-aktuellen Zahlen sprechen. Auch hier geht ein Anteil an den Kreis ab. Jetzt kommt etwas was man wirklich in der Hand hat und zwar handelt es sich um die Vergnügungssteuer, die Hundesteuer und die Zweitwohnungssteuer. Diese kann man sehr gut planen. Bei der Vergnügungssteuer hat man den höchsten Hebesatz den es gibt. Bei der Hundesteuer und der Zweitwohnungssteuer hat man noch Spielraum. Man sollte aber bedenke, wenn man die Hundesteuer um 10 Prozent erhöht, was für den einzelnen Hundebesitzer spürbar sein wird, würde der Ertrag derzeit nur bei 16.000,00 Euro liegen. Dennoch empfiehlt man, dass man solche Einnahmen an die Inflationsbereinigung festschreibt. So könnte man signifikant Mehreinnahmen generieren.

Herr Turré sagt, dass man sich bei Satzungen auf diejenigen konzentrieren sollte, die auch tatsächlich ertragreich sind. Dies sind logischerweise solche, wie bspw. die Kitagebühren. Bei allen anderen gibt uns ja das Kommunalabgabengesetz vor, dass man alle drei Jahre neu kalkulieren soll.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man Schlüsselzuweisungen vom Land so übernehmen hat wie sie mitgeteilt wurden. Es geht wohl das Gerücht um das es nächstes Jahr mehr FAG-Mittel geben soll. Man wisse aber nicht wieviel das sein soll. Man hat hier die Zahl fortgeschrieben. Wenn man mehr Gewerbesteuer erhalten würde, heißt dies, dass man weniger FAG bekommen könnte. Wenn aber alle mehr Gewerbesteuer erhalten würden, könnte es bei den FAG-Mitteln wieder gleichbleiben. Die Berechnung der FAG-Mittel ist sehr komplex und abhängig von der Einwohnerzahl. Ergo je höher die Einwohnerzahl desto höher fallen die FAG-Mittel aus.

Herr Turré sagt, dass er es positiv sieht, dass man hier mit einer kaufmännischen Vorsicht herangegangen ist. Das man hier etwas geringer angesetzt hat und nicht gleich den Höchstwert angesetzt hat. Er sagt, dass man nun zum Rechnungsprüfungsamt (Amt 30) kommt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass das Amt 30 keine Einnahmen hat.

Herr Ebert spricht die interne Leistungsverrechnung an.

Herr Müller-Bahr sagt, dass Herr Ebert schnell gekontert hat. Es gibt nur einen Posten in den Ausgaben und das sind die Personalkosten. Herr Ebert hat weder Einnahmen noch relevante Ausgaben. Er sagt, dass es das übersichtlichste Amt ist. Herr Ebert hat noch Sach- und Dienstleistungen.

Herr Ebert sagt, dass er gerne noch drei Worte sagen kann. Es handelt sich hier um das Gesetz der kleinen Zahlen. Je kleiner die Beträge sind desto genauer wird auch hingeschaut. Bei ihm wären die Personalkosten interessant. Diese sinken kurzfristig. Dies hängt damit zusammen, dass sein sachgrundbefristeter Arbeitsvertrag ausläuft und seine Ernennung als Beamter ansteht. Dadurch fällt die jetzige Doppelbelastung im Budget weg. Die Stadt zahlt derzeit eine Strafumlage an das Land, da er als Tarifbeschäftigter auf einer Beamtenstelle sitzt. Die Umlage beträgt 50.000,00 Euro Personalkosten im Jahr. Hinzu kommen seine SV-Beiträge als Angestellter. In Zukunft fallen diese SV-Beiträge weg und es verbleibt nur noch die Umlage. Man hat noch das Fortbildungsbudget. Darüber hinaus hat man noch den Effekt der interkommunalen Zusammenarbeit. Das heißt, er braucht hier nicht großes Budget. Man hat

hier einen nichtmonetären Effekt. Er stimmt sich viel mit seinen Kollegen aus dem Burgenlandkreis ab. Sodass er keine Beauftragung Dritter unternimmt und anderweitig Kosten verursacht. Man kann zu Dritt das Leisten was gesetzmäßig vorgegeben ist. Außer der Stadtrat kommt irgendwann auf die Idee ihm mehr Aufgaben übertragen zu wollen. Falls dies der Fall sein sollte, bräuchte er natürlich mehr Personal und ein höheres Budget.

Herr Turré fragt, ob es Fragen zum Rechnungsprüfungsamt gibt. Dies ist nicht der Fall. Er sagt, dass man nun zum Stadtentwicklungsamt (Amt 40) kommt.

Herr Müller-Bahr stellt die Aufteilung des Stadtentwicklungsamt vor. Er geht auf die Einnahmen ein. Dazu gehören die Fördermittel. Bei den Ausgaben ist es das Personal und die Aufwendung von Dritten. Diese erstellen beispielsweise B-Pläne. Er gibt Herrn Drießen das Wort.

Herr Drießen sagt, dass es die Aufteilung in Stadt- und Regionalplanung gibt. Das ist das Sachgebiet Bauleitplanung und die anderen Einnahmen, die sich größtenteils aus Fördermitteln generieren, gehören dem Sachgebiet Stadterneuerung an. Diese Einnahmen sind bezogen auf die Fördergebiete. Die Bauleitplanung setzt neben der Erstellung von Bauplänen auch alle städtebaulichen Konzepte um. Diesbezüglich fallen Kosten an, da es überwiegend durch Vergabe geschieht. Das Amt hat einen hohen Eigenleistungsanteil. Es gibt aber Größenordnungen, was für das Amt ressourcenmäßig nicht mehr abzubilden ist. Aus diesem Grund muss man dort bestimmte Vergaben leisten und gesetzliche Vorgaben, wie beispielsweise die kommunale Wärmeplanung. Hierbei hat es sich um eine 100 Prozent Förderung gehandelt. Ansonsten stellt es sich dar in Bebauungsplänen die man erstellen muss.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man noch Leuna III hat. Hier hat man noch die Abschlusszahlung laut Vertrag.

Herr Drießen stimmt dem zu und sagt, dass dies an dieser Stelle auch der größte Posten ist.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es sich bei dem Rest um relativ überschaubare Beträge handelt. Bei der kommunalen Wärmeplanung hat man soeben die Einnahmen gesehen. Auf der Ausgabe-seite taucht diese auch noch einmal auf. Da man die Fördermittel die man bekommt auch umsetzen muss. Er liest die restlichen Posten vor und geht auf diese ein. Er fragt ob es hierzu Fragen gibt.

Frau Dr. Czikowsky fragt, ob der Flächennutzungsplan jetzt erst einmal raus ist.

Herr Drießen verneint dies und sagt, dass dieser weiterbearbeitet wird. Haushaltsrelevant ist er dann im Jahr 2026. Es handelt sich dann um den 5. Entwurf. Beim 4. Entwurf sind noch Kosten übrig, die jetzt noch abgerechnet werden. Man hat es mit 20.000,00 Euro kalkuliert. Es liegt nun ein Angebot in Höhe von 11.000,00 Euro vor, welches man jetzt auch annehmen wird. Es handelt sich um das Büro was es derzeit schon bearbeitet. Dies sind die Kosten für den 5. Entwurf.

Herr Müller-Bahr sagt, dass dies die Ausgaben waren. Das Amt macht genau das was es soll. Es wirbt die Fördermittel ein und gibt diese aus. Es handelt sich ja auch um Projekte die man hier im Rat beschließt.

Herr Turré fragt, ob es noch Fragen zum Stadtentwicklungsamt gibt. Dies ist nicht der Fall. Er sagt, dass es nun mit dem Gebäude- und Liegenschaftsamt (Amt 50) weitergeht.

Herr Gatzlaff sagt, dass sich das Gebäude- und Liegenschaftsamt um die Gebäude der Stadtverwaltung kümmert. Es kümmert sich auch um die Grundstücke die nicht allgemein öffentlich zugänglich sind. Die anderen sind im Bereich von Frau Drechsel und Herrn Warnicke. Bei dem Gebäude- und Liegenschaftsamt sind nicht nur Rathaus, Schulen und Kitas, sondern auch Garagenkomplexe, die Mampfe und beispielsweise die Hütte. Wohnungen hat man weitestgehend abgegeben. Man hat im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2018 die Frage gestellt,

ob die Stadt sich noch um Wohnungen kümmern muss. Diese Frage ist jetzt weitestgehend erledigt. Nun muss man sich als nächstes um beispielsweise Garagen kümmern. Man hatte ja hierüber auch eine wunderbare Diskussion darüber, wieviel Pacht oder Miete der Nutzer bezahlen soll. Man hat Erträge aus Mieten und Pachten. Das sind beispielsweise Garagen. Hier ist die Tendenz eher fallend. Um Garagen besser vermieten zu können, hätte man diese sanieren müssen. Hierzu hat uns aber die Kraft gefehlt. Bei den Aufwendungen wird man nachher sehen, dass man versucht Garagen abzureißen, um etwas Ordnung zu schaffen. Da kommt man auch zu der Frage, mit was beschäftigen wir unser Personal. Garagen brennen immer häufiger. Die Feuerwehr muss dann natürlich hinfahren und den Brand löschen. Aus diesem Grund wäre es nötig Garagen auch einmal abzureißen. Bei den Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen „Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen“ standen ursprünglich viel mehr. Es handelt sich hierbei um den Abriss von Garagen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die 450.000,00 Euro die im Haushaltsjahr 2026 stehen dafür benutzt werden um alte, vergammelte und brennende Garagenhöfe abzureißen. Frau Benke hätte sich gewünscht, dass man alle abgerissen hätte.

Herr Gatzlaff sagt, dass es sich nicht um alle gehandelt hat, sondern nur um diejenigen die Probleme verursachen. Es waren 3 Garagenkomplexe. Der Abriss hätte Kosten in Höhe von ca. 1.300.000,00 Euro verursacht. Die 450.000,00 Euro wären jetzt ein Kompromiss.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man es auch streichen könnte. Man muss aber auch dazu sagen, dass die Unterhaltung hohe Kosten verursacht. Man muss darauf achten, dass es zu ist, der Müll entsorgt wird und die Feuerwehr die Brände löschen kann.

Herr Arendt fragt, ob es sich bei den Garagenkomplexen um eigene handelt oder ob es hierfür Besitzer gibt.

Herr Gatzlaff sagt, dass die Grundstücke der Stadt gehören. Bei den Gebäuden kann man jetzt eine wunderbare Diskussion führen. Er sagt, dass dies lieber Frau Benke erklären soll.

Frau Benke sagt, dass die Garagen in der DDR das Privileg hatten, Eigentum nach dem ZGB zu sein. Mit der Wende gibt es dies nicht mehr. Jetzt wird das Grundstück über den Grund und Boden und die Baulichkeit geregelt. Das Schuldrechtsanpassungsgesetz hat letztlich eine Übergangsfrist geschaffen, wenn man jetzt noch einen Altvertrag aus der DDR besessen hat, hat man noch Eigentum an der Garage. Man lebt jetzt im Jahr 2025. Es ist jetzt recht offensichtlich, wer noch Eigentum an einer Garage hat. Man konnte auch in den Fällen nicht sagen, dass man doch die Garagen jetzt bitte abreißen sollte. Dies geht technisch schon nicht, da diese in einer Reihe stehen und mit einer tragenden Wand verbunden sind. Man hat Garagenobjekte, die in der Größenordnung nicht mehr benötigt werden. Es ist auch einfach so, dass man Bereiche hat, die verwildert sind und zweckentfremdet genutzt werden. Dies auch mit kriminellem Hintergrund. Die Sachbearbeiterin in diesem Bereich hat oft mit der Polizei zu tun. Es gibt noch zum Teil Privateigentum. Die meisten Verträge sind jetzt aber so gestaltet, dass es sich jetzt um das Eigentum der Stadt handelt. Da man aber nie Geld hatte, um dort eine Bauunterhaltung zu leisten, hat man Verträge erarbeitet, in denen man gesagt hat, dass es bei den 15,00 Euro pro Monat an Miete bleibt. Aber alle Arbeiten die an der Garage anfallen wie z.B. ein undichtes Dach oder das Schloss kaputt geht, dass müssen die Pächter selbst Instand setzen. Alle Garagen die jetzt vergeben werden, weisen alle bauliche Mängel auf.

Herr Arendt sagt, dass die Frage sich nur nach dem Eigentum gerichtet hat.

Herr Gatzlaff sagt, dass es auch Garagennutzer gibt, die denken, dass ihnen die Garage gehört, da sie die Garage von jemanden gekauft haben, dem die Garage noch zu DDR-Zeiten gehört hat. Dies ist aber nicht der Fall. Nur derjenige der die Garage seit DDR-Zeiten besessen hat, gehört diese auch und die Trennung wird aufgehoben. Das Bundesdeutsche Recht kennt ja die Trennung, von der Boden gehört dem einen und das Gebäude dem anderen, außer bei der Erbpacht nicht. Aus diesem Grund musste es in Ordnung gebracht werden. Ziel ist es sich

von den Garagen zu befreien, Ordnung zu schaffen, die Feuerwehr nicht mehr allzu viel zu beschäftigen und den kriminellen Machenschaften Einhalt zu bieten. Es geht darum Ordnung und Sicherheit herzustellen, weil ansonsten die Stadt haftbar wäre.

Herr Arendt sagt, dass er voll auf der Seite von Herrn Gatzlaff wäre. Die Frage war nur ob man dies kann oder nicht.

Herr Gatzlaff sagt, dass man bei dem Thema Garagen noch so viel zu tun hat, dass es uns noch eine Weile beschäftigen wird. Man beschäftigt immer mehr mit der Reparatur von Dächern. Aus diesem Grund wird man bei den Investitionen auch den Punkt Dächer wiederfinden, die jetzt komplett neu gedeckt werden sollen. Dem ist geschuldet, dass man über Jahre nicht genügend Instandhaltung betreiben konnte. Es sind auch Kostenansätze für die Schwimmhalle mit drin. Man muss den Betrieb jetzt so lange sicherstellen bis die neue Schwimmhalle da ist. Ziel ist somit die alte Schwimmhalle so lange in Betrieb zu halten bis die neue Schwimmhalle steht.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man von 250.000,00 Euro auf 150.000,00 Euro zurückgegangen ist. Dies ist ein Puffer, falls die Schwimmhalle kaputt gehen sollte. Er gibt Frau Benke das Wort.

Frau Benke sagt, dass man ein Problem mit dem Wasserverlust hat. Das heißt, dass das Wasser in den Keller hineinläuft. Der Wasserverlust vom Nichtschwimmerbecken ist enorm. Man holt derzeit Angebote ein. Man kann nicht genau sagen wie hoch die Kosten sein werden. Es handelt sich um Technik von 1995.

Herr Gatzlaff sagt, dass man jetzt zu den Heizkosten kommt. Der Auftrag heißt ja mehr an Fernwärme anzuschließen. Die kommunale Wärmeplanung legt Herr Drießen demnächst vor. Dies heißt aber auch, dass die Heizkosten steigen, weil Fernwärme in Moment nicht die günstigste Heizkostenvariante ist.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man noch zu dem Punkt Aufwendungen Mieten und Pachten etwas sagen muss. Hier gibt es eine Steigerung. Es handelt sich hierbei um die mögliche Bibliothek im Klia-Tower. Man hat jetzt den Klia-Tower drin und mögliche Investitionen in der jetzigen Bibliothek.

Herr Gatzlaff sagt, dass man die Investitionen für die Bibliothek rausgestrichen hat. Da die IT-Ausstattung für die Curie Schule fehlte. Aus diesem Grund ist für die Bibliothek nichts mehr drin. Die IT-Ausstattung für die Curie Schule war ihm wichtiger als die möglichen Investitionen für die Bibliothek. So ist es jetzt auch im Haushaltsplan drin. Der Umzug der Bibliothek ist mit 175.000,00 Euro drin. Er sagt, dass man jetzt erst einmal mit den Teilplan 50 durch ist.

Herr Turré sagt, dass die Bewirtschaftung der Gebäude steigend ist. Dies merkt man ja auch im privaten Bereich. Dies erfolgte aufgrund des Krieges. Die Reinigungskosten sind mittlerweile eklatant. Das hatte man aber auch letztes in der Sitzung gesagt, dass man diese auch nicht mit eigenem Personal reduzieren könnte. Man könnte diese nur reduzieren, wenn die Reinigungsfläche abnimmt und dies ist nicht der Fall.

Frau Benke sagt, dass die Schulen bei der Reinigung den größten Posten ausmachen. Der Reinigungsturnus lässt sich leider nicht reduzieren, da sonst die Qualität der Leistung abnehmen würde und so evtl. Schäden an den Böden entstehen könnten.

Herr Turré sagt, dass dies das Dilemma bei Frau Benkes Amt sei. Die Strom- und Gasrechnungen müssen pünktlich gezahlt werden. Jede Kostensteigerung landet bei uns, ohne dass diese umlagefähig ist.

Herr Seifert sagt, dass er persönlich gerne die Mittel in diesem Bereich erhöhen würde. Er sagt auch wieso. Es ist im Moment so, dass der Bau Schwierigkeiten hat genug Aufträge zu bekommen. Die Preise sind im Moment relativ günstig oder sind sogar fallend. Wenn die

Strukturmaßnahmen greifen und diese zusätzlichen Mittel in der Infrastruktur kommen, dann wird man mit erhöhten Preisen rechnen können. Bei dem Abriss der Garagen würde er definitiv die Mittel erhöhen. Aus dem einfachen Grund, dass derzeit die Mittel vorhanden sind und die Preise anständig sind. Zudem gibt es Sicherheitsprobleme. Dies ist nur ein Punkt. Es richtet sich auch auf die Reparaturen die Anliegen. Er bittet darum, diese nicht aufzuschieben, weil man diese teuer bezahlen wird. Aus diesem Grund muss man versuchen, bestimmte Mittel zu akquirieren. Er würde es jetzt so in seinem Betrieb angehen.

Herr Gatzlaff fragt, ob dies nun ein Änderungsantrag zum abstimmen ist und er gerne die 1.300.000,00 Euro nimmt.

Herr Turré sagt, dass Herr Seifert Zeit zum überlegen hat.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass sie Herrn Seifert erst einmal zustimmt. Instandhaltung ist immer günstiger als wenn man in 5 Jahren die Investition tätigen muss. Dies hat man aber auch schon vor vielen, vielen Jahren alles diskutiert. Sie interessiert jetzt aber erst einmal die Kosten der Bibliothek die im Teilplan vorgestellt wurden. Sie möchte wissen, um was für Kosten es sich genau handelt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es sich um die Mietkosten handelt. Diese sind auch in der Investition für die neue Bibliothek enthalten.

Frau Dr. Czikowsky fragt, ob dies dann nicht mehr in der Kultur enthalten ist.

Herr Müller-Bahr verneint dies, da es ja dann eine Liegenschaft wäre. Die Investitionskosten für die alte Bibliothek hätte man nächste Woche im Investitionsplan mit drin. Es ist jetzt so, dass man sagt, dass man in die Mietkosten investiert. Somit wäre die Investition abgedeckt. Man streicht damit in der nächsten Woche die echten Investitionen im Finanzplan. Man hatte beides drin. Herr Gatzlaff sagt aber zu Recht, dass man das eine rausstreicht, da er einen anderen Wunsch hatte.

Herr Gatzlaff sagt, dass er für eine Deckung sorgen sollte. Es wurde ihm nicht erlassen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass auf der Liste nächste Woche die beiden Positionen mit drauf sein werden. Es werden aber auch Positionen drauf sein, wo man sagen wird, bitte denkt noch einmal über diese nach. Dies wäre so eine Position.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass ihr das ganze noch unklar ist, da man die Konzeption für die Idee des Umzuges der Bibliothek noch nicht diskutiert hat. Der Ansatz war da, aber es war auch nur ein Ansatz, wie er hätte sein können. Sie findet es jetzt ziemlich hart, diese Zahlen im Teilplan drin zu haben und man es noch nicht ausdiskutiert hat.

Herr Müller-Bahr sagt, dass wenn man es nicht reinschreibt es nicht stattfindet.

Herr Turré sagt, dass man es im Zweifelsfall mit einem Sperrvermerk versehen könnte. Man müsste nur sehen, dass die Mittel blockiert sind und man sehen muss, dass wir einen Ansatz haben. Es kann nur eins von beiden geben. Entweder man macht den neuen Mietvertrag im Klia Tower oder man investiert in das alte Gebäude. Wenn man sagt, dass man bis zum 04.12.2025 keine Entscheidung diesbezüglich treffen kann, müsste man sich eine Option einbauen.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass ihr es klar sein wird, dass man bis zum 04.12.2025 keine Entscheidung getroffen hat. Sie wäre für einen Sperrvermerk.

Herr Kreisel sagt, dass es nur Sinn mit der Bibliothek macht, wenn man auch wirklich bei 100.000,00 Euro im Jahr ist. Rein rechnerisch auf 10 Jahre sind 100.000,00 Euro – 1.000.000,00 Euro. Dies wäre die Summe die man auch als Investition in das alte Gebäude

stecken würde. Dies würde sich bei der Miete rechnen. Er hatte aber vorhin die Zahl 190.000,00 Euro gehört.

Herr Gatzlaff bejaht dies. Er sagt, dass derzeit ein reger Diskurs darüber geführt wird, wie denn das neue Objekt energetisch in die Bücher kommen wird. Das Gebäude- und Liegenschaftsamt hat den Blick auf die Fassade und andere Dinge. Im Sommer muss man das Gebäude stark kühlen und im Winter vermehrt heizen, da man es ansonsten kaum aushalten würde. Man hat deshalb einen Betrag angemeldet den man als realistisch erachtet. Die Unterlagen die uns der Eigentümer zur Verfügung gestellt hat, wurden durch uns ausgewertet. Man konnte daraus aber keine vernünftigen Schlüsse ziehen. Es gibt hier einen Dissens in der Verwaltung. Wenn es weniger ist, dann ist es halt weniger. Das heißt aber wiederum, dass man dann den Strom abschalten muss, wenn das Geld nicht reicht.

Herr Kreisel sagt, dass man die Wirtschaftlichkeit beachten sollte.

Herr Müller-Bahr sagt, dass der Eigentümer mitgeteilt hat, dass es im Jahr warm 130.000,00 Euro kosten wird. Das Liegenschaftsamt sagt, dass es warm 190.000,00 Euro sind. Der Eigentümer hat die Warmmiete mit den Nebenkostenabrechnungen der letzten 5 Jahre belegt. Das sagt aber nichts darüber aus, wieviel Grad dort waren oder wieviel das Gebäude genutzt wurde.

Frau Dr. Czikowsky sagt, dass man bedenken sollte, dass sich in dem Gebäude dann Bücher befinden würden. Das Gebäude besteht aus Glas. Sie fragt, wie sich das denn bitte auf den Bücherbestand auswirken würde.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man es Verschatten könnte.

Herr Turré ergänzt und sagt, dass es foliert werden könnte. Er sagt, dass es wohl so sein wird, dass es bis zum 04.12.2025 keine Entscheidung über die Bibliothek geben wird. Es sollen beide Positionen im Haushalt dargestellt werden und mit einem Sperrvermerk versehen werden, da nur eins von beiden zum Zug kommen wird. Das wäre es zum haushälterischen. Die andere Diskussion würde er an den Kulturausschuss verweisen. Dieser muss sich dazu eine Meinung bilden. Der Finanzausschuss kann dann entscheiden ob es finanziell in Ordnung ist.

Herr Gatzlaff sagt, dass er noch einen Punkt hat. In der Dürer Schule hat man noch 100.000,00 Euro in der Mittelanmeldung für eine neue Elektroanlage mit aufgelistet. Ansonsten kann diese keine neuen Whiteboards und keine neuen Klassensätze bekommen. Das heißt, keine moderne Digitalausstattung. Er macht darauf aufmerksam, wenn die Schule saniert wird, das Ganze wieder herausgerissen wird. Er möchte dies ausdrücklich zur Diskussion auf den Tisch legen. Für ihn ist eine moderne Schulausstattung ausdrücklich wichtig. Das man mit der Dürer Schule nicht vorankommt ist misslich. Es könnte ja sein, dass der Stadtrat dies anders sieht. Ihm ist wichtig, dass der Stadtrat darüber informiert ist. Man muss nur nochmal schauen ob es noch mit drin ist oder ganz gestrichen wurde.

Herr Ebert sagt, dass er die 100.000,00 Euro gerade gesehen hat. Diese sind dort wo die 350.000,00 Euro für die Garagengrundstücke stehen. Dort befinden sich auch die 100.000,00 Euro für die Dürer Schule.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man sich auch die Planungsübersicht anzeigen lassen kann.

Herr Turré sagt, dass es in der Haushaltsplanung enthalten ist. Herr Gatzlaff weist uns daraufhin, dass uns bewusst ist, dass man jetzt Geld in die Dürer Schule investieren muss obwohl wir damit rechnen müssen, dass die Elektroanlage irgendwann wieder zurückgebaut/vernichtet wird. Er sagt, dass er die Auffassung teilt, dass man den dortigen Schülern und Eltern nicht sagen kann, dass sich das ganze noch auf eine unbestimmte Zeit hinzieht. Bis dahin bleibt ihr aber bei dem Zustand der 1980/1990er Jahre stehen. Dies wird nicht gehen. Auch wenn es Schade um das Geld ist. Er erinnert an die Heizungsanlage vom Ständehaus. Dort ging es um

die Heizungsanlage die erneuert werden musste, auch wenn die Fernwärme in den darauffolgenden zwei Jahre folgte.

Herr Gatzlaff sagt, dass es wichtig sei, dass Herr Albrecht dies mit in das Protokoll aufnimmt und man keinen Ärger bekommt, wenn man die Elektroanlage wieder herausreißt.

Herr Turré sagt, dass man es zur Kenntnis und zu Protokoll genommen hat, dass Herr Gatzlaff uns ausdrücklich auf die 100.000,00 Euro für die Elektrotechnik für die Dürer Schule hingewiesen hat.

Herr Seifert sagt, dass man in Chargen von 5.000.000,00 Euro Festgeld hat. Wenn man von Chargen redet, geht er davon aus, dass es nicht nur eine Charge ist, sondern vielleicht sogar drei. Er fragt jetzt genau nach wieviel es sind.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es variabel sei. Je nach dem wieviel man als Auszahlung erwartet. Er sagt jetzt erst einmal zwischen drei und fünf Chargen.

Herr Seifert fragt, ob es sich um Millionen handelt.

Herr Müller-Bahr verneint dies und sagt, dass es sich um Chargen handelt.

Herr Seifert sagt, dass dies mehr ist als er gedacht hat. Er rechnet dies hoch und nennt einen Mittelwert von 20.000.000,00 Euro.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es sich nicht um verfügbare liquide Mittel handelt.

Herr Seifert sagt, dass diese erst einmal festgelegt sind.

Herr Müller-Bahr sagt, dass von den geschätzten, 30.000.000,00 Euro für Projekte reserviert ist, die laut Haushalt beschlossen sind. Auf diese gibt es Fördermittel, diese sind begonnen und noch nicht abgerechnet. Diese dürfen wir nicht anderweitig ausgeben. Die restlichen Plus 10.000.000,00 Euro brauchen wir, um überhaupt einen Haushalt zu bekommen. Die dürfen wir also auch nicht einfach ausgeben.

Herr Seifert fragt, wie viele langfristige Verbindlichkeiten man jetzt noch hat.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man die Rischmühle mit Summe x hat. Zwischen 500.000,00 Euro und 1.000.000,00 Euro. So stand es auch schon in der MZ geschrieben. Wir haben darüber hinaus in diesem Jahr noch eine Prolongation in Höhe von ca. 400.000,00 Euro.

Herr Seifert sagt, dass es doch ungefähr maximal 3.000.000,00 Euro sind. Mehr sind es doch nicht.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man noch bei der Tiefgarage und Rischmühle einen Investitionskredit laufen hat.

Herr Seifert sagt, dass man von 42.000.000,00 Euro gekommen ist und jetzt bei maximal 3.000.000,00 Euro liegt. Er stimmt dem Oberbürgermeister in seinen Aussagen zu, dass die Objekte verplant sind. Er sagt, dass man immer einen Durchschnittswert von ca. 15.000.000,00 Euro mit rüber nimmt. Man wird immer unfertige Baustellen mit in den neuen Haushalt nehmen. Aus diesem Grund geht es dieser Stadt ja auch finanziell verhältnismäßig gut. Er kämpft dafür, dass man Dinge plant die relativ leicht zu realisieren sind. Er nennt beispielsweise den Abbruch von Garagen.

Herr Turré sagt, dass das Bild heute nur unvollständig ist. Herr Seifert plädiert heute für erhöhte konsumtive Ausgaben, ohne dass er die Diskussion in der nächsten Woche hat. Dort hat man dann den Vermögens- und Investitionshaushalt. Dort wird er sehen, dass die

Kerninvestitionen der Stadt, wie die Schwimmhalle und der Betriebshof größtenteils auf Pump finanziert werden. Das heißt, dass er jetzt dafür plädiert Vermögen auszugeben, konsumtiv in Abrisskosten, die keine Werte schaffen. Man wird damit sehenden Auges das Eigenkapital minimieren, welches man in der nächsten Woche nicht mehr hat, um die Schwimmhalle und den Betriebshof zu bauen und dann zu sagen, dass man dann eben Kredite aufnehmen muss. Er gibt Herrn Seifert aber recht, dass man im Gegensatz zu anderen Kommunen aus einer sehr guten Situation kommt. Diese rennen mit Kassenkrediten in Höhe von hunderten Millionen durch die Gegend. Er ist immer froh darüber, dass der Landkreis so etwas nie genehmigt hat. Nicht wie das Landesverwaltungsamt was immer wieder eingeknickt ist. Man wird sehen, dass die 40.000.000,00 Investment für die Schwimmhalle und den Bauhof, die man nicht im Ansatz hat, uns in der Verschuldung wahnsinnig hochtreiben. Man treibt die Zinsbelastung ungesund nach oben. Er plädiert heute noch dafür, bitte nicht mehr Konsumtion zu machen. Er sagt, wenn das Herzblut von Herrn Seifert so dran hängt, dass Frau Benke alle Garagenkomplexe abreißen kann, dann soll man dies gerne noch einmal am 20.11.2025 in einer Bereinigungssitzung besprechen. Er befürchtet aber, dass man nach der nächsten Woche zu anderen Prioritäten kommen muss, als Garagen zu vernichten. Ihm ist aber ein neues Löschfahrzeug lieber als ein abgerissener Garagenzug. Er bittet um Verständnis. Herr Albrecht hat das Veto von Herrn Seifert in das Protokoll mit aufgenommen. Man schaut es sich am 20.11.2025 noch einmal an, ob Herr Seifert es noch so Aufrecht erhalten kann, wenn er alle Informationen hat.

Frau Krause fragt noch einmal zur Bibliothek nach. Sie möchte wissen, ob es jetzt jährlich 100.000,00 Euro Miete und 90.000,00 Euro Betriebskosten sind. Dies wären hochgerechnet 190.000,00 Euro für die Bibliothek an Miete und Betriebskosten.

Herr Gatzlaff sagt, dass im Haushaltsplan 150.000,00 Euro stehen. Das Fachamt aber 190.000,00 Euro für erforderlich hält.

Herr Turré sagt, dass auch da Betriebskosten anfallen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass auch wenn man in der jetzigen Bibliothek bleibt auch wieder Betriebskosten anfallen. Dies wäre jetzt aber eine zu tiefe Diskussion und sollte man separat machen.

Herr Turré sagt, dass der komplexe Umzug der Bibliothek erklärungsbedürftig ist. Stadtentwicklungsmäßig hat die Verwaltung diesen begründet. Die Bibliotheksleiterin hat diesen begründet. Die Aufgabe der Verwaltung lautet nun, dass sie die Stadtratsmitglieder haushalterisch zum Thema mitnimmt. Man muss sehen ob wir uns es leisten können und den Mehrwert für uns hat. Man ist sich aber darüber einig, dass der Haushalt beides abbildet und beides auch einen Sperrvermerk erhält. Er fragt, ob die Verwaltung einen Zeitplan hat. Ihm wäre es lieb, wenn man es nicht auf die ganzlange Bank schiebt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man ab den 01.07.2026 Mietkosten angesetzt hat. Der Vertrag muss dann auch erst einmal durch den Rat. Bis die Investitionen durch sind, vermutet er, ist man wohl eher im Oktober.

Herr Turré sagt, dass man dann das Jahr 2026 als Umsetzung nimmt.

Herr Arendt sagt, dass er noch einmal gerne zur Dürer Schule zurückkommen möchte. Er ist grundsätzlich für Kinder und Jugendliche aber 100.000,00 Euro sind keine „Peanuts“. Wenn man jetzt sagt, dass man jetzt 100.000,00 Euro investiert und man weiß, dass diese in naher Zukunft wieder herausgerissen werden und der Wert gleich null ist. Die Sanierung der Schule ist in naher Zukunft vorgesehen. Die 100.000,00 Euro würden ihn schon wehtun. Es ist ein falscher Ansatz und er glaubt, dass man es so nicht machen kann.

Herr Turré sagt zu Herrn Arendt, dass man unterschiedliche Ansichten hat. Herr Arendt sagt, dass es kurzfristig wieder herausgerissen wird. Er behauptet aber, dass es nicht

herausgerissen wird und den Leerzug in der Dürer Schule nicht geben wird. Das Kabel wird länger drin sein als ihm lieb ist. Man kann glauben, dass der Landkreis mit seinen Sekundarschülern rauszieht. Er glaubt dies aber mitnichten, die Sekundarschüler werden auch noch in 5 Jahren drin sein.

Herr Arendt sagt, dass dies aber alles sehr schwammig ist. Er fragt, was man denn für Zusagen hat. Es muss doch einen Plan geben.

Herr Gatzlaff sagt, dass man einen Aufhebungsvertrag an den Landkreis geschickt hat, weil er sich diesen gewünscht hat. Die ursprüngliche Kündigung soll unwirksam gewesen sein. Die Auffassung teilt er nicht. Aus seiner Sicht ist diese wirksam. Dieser Aufhebungsvertrag den uns der Landkreis als Entwurf zugeschickt hat, wurde von diesem noch nicht unterschrieben.

Herr Müller-Bahr fragt, welches Datum im Aufhebungsvertrag stand.

Herr Gatzlaff sagt, dass es der 31.12.2030 mit der Option der Verlängerung um ein Jahr zum 31.12.2031 ist, weil der Landkreis nicht weiß, wie schnell sie die neue Schule bauen. In der Kündigung stand der 31.12.2028 als Ziel. Es stand jetzt die Frage im Raum, ob die Stadt bereit wäre gegen die Kündigung zu klagen. Nach jetzigem Stand gibt es keine Zusage vom Landkreis wann er die Schule räumt. Er sagt ganz ehrlich, dass er aus diesem Grund bei Herrn Turré sei. Er wird die Sanierung der Schule nicht mehr erleben, aber er ist ja auch nur noch bis 2031 da.

Herr Turré sagt, dass es aktuell 6 Jahre plus Räumungsklage sind. Es ist jetzt die Entscheidung, ob man den Eltern sagen möchte, dass in dieser Zeit kein Investment passiert.

Herr Haring sagt, dass es eine Entscheidung des Kreistages ist, die getroffen werden muss. Ihm ist nicht bekannt, dass Beschlüsse in der Vergangenheit diesbezüglich gefasst wurden. Das sollte den hier anwesenden Kreistagsmitgliedern vielleicht aber klar sein, dass entsprechende Beschlüsse erforderlich sind. Diese werden in der Umsetzung auch eine bestimmte Zeit in Anspruch nehmen. Kurzfristig wird da nichts passieren. Er verfolgt das Ganze im Ratsinfosystem, weil er gespannt ist, wie der Landkreis sein „Investmentboost“ einsetzt. Er denkt, dass doch der ein oder andere hier mitzuentcheiden hat, wie die Auswirkungen für die Stadt Merseburg aussehen.

Herr Turré fragt, ob die Antwort für Herrn Arendt so ausreicht.

Herr Arendt bejaht dies.

Herr Turré sagt, dass man es aus diesem Grund jetzt erst einmal so im Plan drin lässt und keiner eine Streichung beantragt. Den Hinweis von Herrn Gatzlaff hat man kritisch zur Kenntnis genommen. Er sagt, dass man dann jetzt mit dem Amt 50 durch ist und zu dem Straßen- und Grünflächenamt (Amt 60) kommt.

Frau Findeisen stellt das Amt 60 vor.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man nur die Veränderungen anspricht. Man hat Leasingverträge von zwei Kehrmaschinen und einen PKW für Amt 60 drin.

Herr Warnicke sagt, dass man schon alleine bei den Leasingkosten von den beiden Kehrmaschinen von ungefähr 70.000,00 – 75.000,00 Euro spricht. Es gab ja die Diskussion, dass man Technik nicht mehr erwerben soll, sondern über Leasing abbilden soll. Dies betrifft speziell die Kehrmaschine, die aus der Erfahrung heraus, seit der Anschaffung 2020 Unsummen an Reparaturkosten verursacht hat. Man hat diesbezüglich eine Großrechnung von 30.000,00 Euro. Aus diesem Grund ist man von dem Erwerb von solcher Technik abgerückt und hat entschieden diese zu leasen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man noch neue Dienstkleidung für die Kollegen anschaffen möchte.

Herr Warnicke stimmt dem zu.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man die Ansätze für die Spielplätze leicht erhöht hat. Die Unterhaltung von Straßen ist ein Punkt auf den er eingeht. Die Umstellung auf LED wird man noch einmal im Investment-Haushalt wiedersehen. Die Personalkosten im öffentlichen Grün sind der größte Posten bei den Ausgaben. Es ist geplant die Friedhofsgebührensatzung anzupassen.

Herr Turré fragt, ob es Fragen oder Anregungen zum Amt 60 gibt.

Frau Dr. Czikowsky fragt, ob der Rosengarten zu den Investitionen zählt.

Herr Warnicke bejaht dies.

Herr Turré sagt, dass man jetzt zum Bürger- und Ordnungsamt (Amt 70) kommt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man das Haus der Wohnhilfe hat.

Frau Schulenberg sagt, dass man 200.000,00 Euro Einnahmen beim ruhenden Verkehr hat. Hier möchte man sich um 25.000,00 Euro steigern.

Herr Müller-Bahr sagt, dass der größte Posten bei den Ausgaben beim Einwohnermeldeamt die Bundesdruckerei einnimmt. Im Brandschutz hat man die Umstellung von 4 Tarifbeschäftigten auf Beamtenstellen mit drin. Man hat Mehrkosten in dem Bereich Wartung und in der Beschaffung von Dienstkleidung mit drin.

Frau Findeisen sagt, dass man mit neuen Kameraden für die Feuerwehr Meuschau geplant hat. Um einen Kameraden auszustatten werden ca. 4.500,00 Euro benötigt.

Herr Turré fragt, ob es Fragen oder Wortmeldungen zum Amt 70 gibt. Dies ist nicht der Fall. Er sagt, dass man nun zum Jugend- und Sportamt (Amt 80) kommt.

Herr Gatzlaff sagt, dass man die Grundschulen ordentlich ausstatten möchte.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man als Kommune plant Klassenfahrten zu unterstützen. Man möchte 50 Prozent der Kosten für die Klassenfahrten übernehmen.

Herr Gatzlaff sagt, dass man den Kindern die Möglichkeit bieten möchte, Gemeinschaftsfahrten zu unternehmen. Er sagt, dass die Schülerbeförderung leicht gestiegen ist. Bei den Kindertagesstätten liegt der Ansatz der Kosten bei 10 Prozent Steigerung im Planansatz.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man die neuen Sportstättenförderung mit drin hat.

Herr Gatzlaff sagt, dass die Kosten für Strom, Wasser und Heizung beim Teilplan 50 mit stehen.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die Kosten für die Schwimmhalle bei 650.000,00 Euro liegen. Hier sind die Personalkosten mit drin.

Herr Turré sagt, dass die neue Schwimmhalle teurer sein wird als die Alte.

Herr Müller-Bahr sagt, dass man davon ausgehen kann.

Herr Gatzlaff sagt, dass man bei der Rischmühlenhalle den Verkauf an den Landkreis mit eingeplant hat. Er sagt, dass man auch schon mit dem Kulturamt (Amt 90) weitermachen kann.

Herr Turré bejaht dies.

Herr Wolter sagt, dass das Produkt Stadtmarketing und Citymanagement erst einmal leer gemacht worden ist. Da dies in Zukunft von der Wirtschaftsförderung und der Pressestelle umgesetzt wird. Bei den Einnahmen sind Sponsoringeinnahmen, Fördermittel, Eintrittseinnahmen und Mieteinnahmen aufgelistet. Die Einnahmen sinken und die Ausgaben steigen. Die Ausgaben steigen aufgrund der Sicherheitsvorkehrungen die man treffen muss. Als Beispiel nennt er das Zauberfest. Hier wurden Zufahrtssperren von der Stadt Halle ausgeliehen. Der Wert einer Zufahrtssperre liegt bei 40.000,00 Euro. Die Mietkosten lagen pro Zufahrtssperre bei 300,00 Euro. Man hat das Thema Sicherheitskonzept. Dies sind Zusatzkosten die auch im nächsten Jahr wahrscheinlich auf die Stadt zukommen. Das Kulturamt liegt im Jahr 2025 bei den Einnahmen bei 360.000,00 Euro. Man schätzt, dass man am Ende bei 400.000,00 Euro durch die Schlossweihnacht liegt. Man hat Ausgaben für das Jahr 2025 in Höhe von 1.150.000,00 Euro und liegt derzeit bei den Ausgaben bei 1.040.000,00 Euro. Man wird wohl bei 1.080.000,00 Euro landen. Er sagt zu Herrn Ebert, dass er sehr froh ist, dass man keine Kosten- und Leistungsverrechnung in der Stadt hat. Er ist auch sehr froh, dass er auf die Unterstützung des Bauhofes, des Straßen- und Grünflächenamtes und des Ordnungsamtes setzen kann. Er hofft auf eine gute Zusammenarbeit bei der Schlossweihnacht und bedankt sich noch einmal.

Herr Turré fragt, ob es Fragen zum Kulturamt gibt.

Herr Kreisel sagt, dass es schön ist das alle so gut zusammenarbeiten. Er sagt, dass niemand das Zauberfest oder das Schlossfest missen möchte. Man muss aber aufgrund der Sicherheitslage darüber nachdenken die Organisation der Feste etwas optimaler zu gestalten. Wenn man beispielsweise den Markt absichern müsse, ist dies deutlich teurer als wenn man das Fest an eine andere Stelle verlegen würde. Er möchte dies als Möglichkeit darlegen. Ob es dann so sein wird, kann er nicht beurteilen.

Herr Gatzlaff sagt, dass die Idee des Zauberfestes ist, die Innenstadt zu beleben und fördern. Man hat hierüber auch schon einige Diskussionen geführt. Wer das Eine will, muss das Andere mögen. Durch die Initiative von Herrn Wolter hat man es aber super hinbekommen.

Herr Kreisel lobt die Feste.

Herr Seifert sagt, dass das Zauberfest ein wirklich hervorragendes Fest war und er es schade fand, dass man am 2. Tag ein bisschen Pech mit dem Wetter hatte. Er fragt, ob es Sinn macht das Zauberfest in den September reinzulegen. Er weiß aber nicht, ob es hierzu eine Tradition gibt. Das Wetter ist im September wahrscheinlich besser als im Oktober.

Herr Gatzlaff sagt, dass man eine andere Festlegung getroffen hat. Die Zauberschüler dürfen keine Luft- und Wasserzaubersprüche mehr üben. Ansonsten geht er noch einmal auf die Aussage von Herrn Wolter ein. Kontinuität im Terminplan sei wichtig, damit sich die Händler entsprechend darauf einstellen können. Man nimmt den Vorschlag aber gerne mit und schaut was man daraus machen kann.

Herr Turré sagt, dass man mit allen Ämtern durch ist. Er hofft, dass alle einen guten Überblick erhalten haben. Er würde jetzt gerne den Tagesordnungspunkt und die Sitzung schließen wollen. Er betont noch einmal, dass die Sitzung in der nächsten Woche schon um 17:00 Uhr beginnt. In der nächsten Woche ist Herr Boges als Agenturveranstalter für die Schlossfestspiele da. Im Anschluss daran wird der Investplan besprochen. Die Diskussionen finden dann in den Fachausschüssen statt. Idealerweise wird dann die Schlussredaktion zur Finanzausschusssitzung am 20.11.2025 stattfinden. Er möchte, dass der Finanzausschuss das letzte Wort hat. Er fragt, ob es hierzu noch Hinweise gibt.

Herr Kreisel fragt, ob es wirklich so gedacht ist, dass man am 04.12.2025 den Haushalt beschließen soll.

Herr Turré bejaht dies.

Herr Kreisel sagt, dass ihm diesbezüglich noch die Vorstellung fehlt, wie dies funktionieren soll. Er sagt, dass es schlüssig ist, aber man es auch in Ruhe in der Fraktion besprechen sollte.

Herr Turré sagt, dass der Sitzungsplan keine Überraschung ist.

Herr Kreisel sagt, dass ihm das schon klar ist. Es ist aber letztendlich ambitioniert.

Herr Turré sagt, dass man alles diskutieren kann. Man kann auch sagen, dass wir es auf Eis legen und wir uns das Ganze im nächsten Jahr noch einmal anschauen. Was aber nicht geht ist, dass man 20.000 Arbeitsaufträge an das Amt für Finanzen schickt und sagt, macht mal bitte noch die Änderungen, die Anpassungen und bitte noch die Jahresabschlüsse. Entweder man schafft es das Amt zu bündeln und zusagen, dass ist es und man ist durch. Die andere Möglichkeit wäre, eine Auszeit zu nehmen. Es muss dann aber nicht erwartet werden, dass in der Verwaltung noch große Tätigkeiten stattfinden.

Herr Kreisel sagt, dass man eine klare Vorstellung braucht wie der Haushalt ausgeglichen werden kann. Er hat es gerne einmal rund und schaut es sich dann mit der Fraktion an. Er weiß auch nicht wie er das Ganze organisatorisch hinbekommen soll, da er zwischendurch auch noch etwas anderes zu tun hat. Er versucht es und sagt nur, dass er es sehr ambitioniert findet.

Herr Turré sagt, dass man es so zur Kenntnis genommen hat. Er schließt die Sitzung um 22.00 Uhr.

Turré
Ausschussvorsitzender

Albrecht
Protokollant

GSB I

TP	beantragt	genehmigt	Stellenbezeichnung	HH-Jahr	Pflichtaufg.	Rechtsbind	Begründung vorliegend	vorr. EG	beantragt	genehmigt
TP 01	1,00	0,00	SB Sitzungsdienst		ja		ja, Mehrbedarf	E 6	55.000,00 €	0,00 €
TP 01	-1,00	-1,00	SB Vergabestelle	2026			kein zweiter SB notwendig	E 6	55.000,00 €	-55.000,00 €
TP 01	1,00	0,00	SB Verwaltungskontrolle					E 13	85.000,00 €	0,00 €
TP 10	1,00	0,00	SB Bufrs, Förderstellen, Studenten		ja	muss	ja, Mehrbedarf d. zusätzliche St	E 6	55.000,00 €	0,00 €
TP 10	1,00	1,00	SB IT Schulen	2027	ja	muss	ja, Mehraufwand Schul IT	E 6	55.000,00 €	55.000,00 €
TP 20	1,00	1,00	SB Anlagenbuchhaltung O.D. be	2026	ja	muss	ja, Mehrbedarf, befristet	E 7	60.000,00 €	60.000,00 €
TP 20	-2,00	-1,00	SB Vollstreckung Außendienst	2027			in Prüfung, Wegfall GEZ-Vollst	E 5	-52.000,00 €	-52.000,00 €
TP 40	1,00	1,00	SB Stadterneuerung	2027	ja	muss		E 10	73.500,00 €	73.500,00 €
TP 40	1,00	0,00	SB Grünplanung		ja	muss		E 10	73.500,00 €	0,00 €
Summe	4,00	1,00						Summe	460.000,00 €	81.500,00 €

GSB II

TP	beantragt	genehmigt	Stellenbezeichnung	HH-Jahr	Pflichtaufg.	Rechtsbind	Begründung	vorr. EG	beantragt	genehmigt
TP 50	1,00	0,00	SB Allgemeine Verwaltung		ja			E 9a	63.000,00 €	0,00 €
TP 50	1,00	0,00	Technischer SB		ja			E 9a	63.000,00 €	0,00 €
TP 50	1,00	1,00	SB Hochbau	2026	ja	ja	ja, Mehrbedarf	EG 10	73.500,00 €	73.500,00 €
TP 50	1,00	0,00	Ingenieur für techn. Anlagen		ja	ja	ja, Mehrbedarf	EG 10	73.500,00 €	0,00 €
TP 50	0,50	0,00	SB Werkstudent		nein	nein			12.000,00 €	0,00 €
TP 80	1,00	0,00	SB Allgemeine Verwaltung		nein	nein		E 9a	63.000,00 €	0,00 €
TP 80	1,00	0,00	Sachgebietsleiter Jugendsozialarbeit		nein	nein		S11b	75.000,00 €	0,00 €
TP 80	1,00	1,00	Sozialpäd. Mitarbeiter	2026	nein	nein	zweiter Mitarbeiter im Bummel	S11b	75.000,00 €	75.000,00 €
TP 80	0,50	0,50	Werkstudent	2026	nein	nein			12.000,00 €	12.000,00 €
TP 80	0,50	0,00	Werkstudent		nein	nein			12.000,00 €	0,00 €
TP 80	0,50	0,00	Werkstudent		nein	nein			12.000,00 €	0,00 €
TP 80	1,00	0,00	Duales Studium Soz. Arbeit		nein	nein			20.000,00 €	0,00 €
TP 80	1,00	0,00	SB Allgemeine Verwaltung		nein	nein		E 9a	63.000,00 €	0,00 €
TP 90	1,00	0,00	SB Mediapädagoge	2026	nein	nein		E 9b	65.000,00 €	0,00 €
TP 90	1,00	1,00	SB Veranstaltungsmanagement		nein	nein		E 9b	65.000,00 €	65.000,00 €
TP 90	1,00	0,00	Hausarbeiter		nein	nein		E 2	46.000,00 €	0,00 €
TP 90	0,50	0,00	Werkstudent/ Praktikanten		nein	nein			12.000,00 €	0,00 €
TP 90	0,50	0,00	Werkstudent/ Praktikanten		nein	nein			12.000,00 €	0,00 €
Summe	15,00	3,50						Summe	817.000,00 €	225.500,00 €

GSB III

TP	beantragt	genehmigt	Stellenbezeichnung	HH-Jahr	Pflichtaufg.	Rechtsbind	Begründung	vorr. EG	beantragt	genehmigt
GSB III										
TP 60	1,00	1,00	Geschäftsbereichsleiterin	2026	nein	nein	Übertrag in Stellenplan	E 15	122.000,00 €	122.000,00 €
TP 60	1,00	1,00	Tierpfleger	2026			Stellenverschiebung	E 5	52.000,00 €	52.000,00 €
TP 60	-1,00	-1,00	Straßenreiner	2026			KV für Tierpfleger	E 5	-52.000,00 €	-52.000,00 €
TP 60	3,00	1,00	Bufr	2027	nein	nein			19.500,00 €	19.500,00 €
TP 60	4,00	2,00	Grünarbeiter	2026	nein	nein		E 5	208.000,00 €	104.000,00 €
TP 70	0,00	0,00	Sachgebietsleiter Wohnungsd		ja	muss	Umwandlung Stelle 70.14.0001	E 11	11.000,00 €	11.000,00 €
TP 01/70	-0,50	-1,00	SB Datenschutz / Wahlen	2026			Datenschutz an extern vergeben	E 9c	-68.000,00 €	-68.000,00 €
TP 70	1,00	0,00	70.13 SB Gewerbe		ja	muss	Für Kontrollbesuche im Außenb	E 9a	63.000,00 €	0,00 €
TP 70	1,00	1,00	70.20 SB Kritische Infrastruktur	2027	ja	muss		E 9a	63.000,00 €	63.000,00 €
TP 70	0,00	0,00	Sachgebietsleiter Feuerwehr	2026	ja	muss	Stellenhebung	A 12	15.000,00 €	15.000,00 €
Summe	9,50	4,00						Summe	433.500,00 €	266.500,00 €

Gesamt 28,50 8,50 VbE Stellenmehrbedarf, inkl. Bufr/Studis

Gesamtkosten:

1.710.500,00 €

573.500,00 €